

Palästina Journal

Ausgabe 19 - März 2023
Zeitung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft

75 Jahre Nakba

Militärgewalt

Getötete Kinder 2022

Poesie

Da war kein Abschied

Schwerpunkt

Die Nakba in Galiläa

Shatila

Die Katastrophe der Nakba



IMPRESSUM

ISSN 1436-252X

Herausgeberin

Deutsch-Palästinensische
Gesellschaft e.V. (DPG)
PF 1148, 49171 Hilter a.T.W.
dpg@dpg-netz.de, www.dpg-netz.de



Redaktion

Wiebke Diehl (Berlin)
Hermann Dierkes (Schweden)
Jan-Günter Frenzel (Berlin)
Anton-Günther Janßen (Berlin)
Ursula Mindermann (Telgte)
Nazih Musharbash (Bad Iburg)
Gisela Siebourg (Berlin)
Wiltrud Rösch-Metzler (Stuttgart)
verantwortliche Redakteurin

Redaktionsanschrift

redaktion@dpg-netz.de

Korrektur

Lea Mindermann

Satz, Layout & Druck

Druckhaus Köhler GmbH
Siemensstraße 1–3, 31177 Harsum
www.druckhaus-koehler.de

Erscheinungsweise

Das Palästina Journal erscheint
im Jahr 2023 zweimal.

Preis

Der Bezugspreis für das Palästina Journal
ist im DPG-Mitgliedsbeitrag enthalten.

Abo

Bitte wenden Sie sich an die DPG.

Spenden

Um dieses unabhängige Journal veröffentlichen zu
können, ist die DPG auf Spenden angewiesen.

Bitte spenden Sie an:

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. (DPG)
Sparda West e.G.
BIC: GENODE33SPK
IBAN: DE37 3706 0590 0100 3392 10

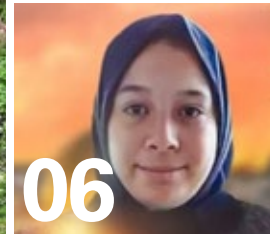
Titelbild

We were, and we'll always guard it.
The duplications of the man gives the impression
of how all Palestinian generations always have the
feeling of guarding the holy-land

COLLAGE // Ursula Mindermann

Inhalt

Palästina Journal · Ausgabe 19 · März 2023



- 03 Nachrichten aus Palästina //** Israel vertreibt Familien aus Masafer Yatta / Internationale Profiteure der Besatzung / Israel schiebt palästinensischen Menschenrechtsanwalt ab / Besatzungsbehörden verbieten Weihnachtsbesuche / Drakonisches Gesetz nur für Palästinenser:innen / Dt.-franz. Menschenrechtspreis an Palästinenserin / „Judaisierung“ von Galiläa und dem Negev / Issa Amro unter UN-Schutz / Mit Pegasus-Spionage-Software gegen Menschenrechtsverteidiger:innen / Palästinensische Fahnen verboten / Wenig Hoffnung in Zweistaatenlösung / Protestantischer Zionsfriedhof in Jerusalem geschändet / Design aus Palästina
- 06 Militärgewalt //** Hohe Zahl von Kindern und Jugendlichen unter den Gewaltopfern
- 08 Schwerpunkt: Nakba //** Die Nakba in Galiläa / Palästinensische Dörfer, die den 48er Krieg überdauert haben
- 10 Schwerpunkt: Nakba //** Shatila: Home away from Home
- 12 Schwerpunkt: Nakba //** Vertreibung – gestern aus Haifa, heute aus Damaskus / Nakba – „Eingriff einer fremden Macht“ / Nakba – wenn der Leichnam nicht zurück darf
- 14 Auf ein Wort //** Einmal palästinensisch – immer palästinensisch
- 15 Aktivitäten //** Auch in der vierten Generation palästinensisch
- 16 Aktivitäten //** Was die neue israelische Regierung gegen die Palästinenser:innen plant / Nakba-Ausstellung zeigen / DPG kritisiert Entscheidung des Deutschen Evangelischen Kirchentages zum Verbot der NAKBA-Ausstellung / Einladung zur DPG-Studententagung 2023 75 Jahre Nakba / DPG trauert um Clemens Messerschmid / Ausstellung Home away from Home
- 18 Deutschland, EU und Nahost //** Deutschland stimmt fürs Völkerrecht / Erstes Wirtschaftsforum EU-Palästina – Investitionsvereinbarungen über 80 Millionen Euro / EU „bedauert“ die Zerstörung der Sfai-Schule in Masafer Yatta / Bürgermeisterin von Barcelona stoppt Beziehungen zu Israel / EU verwendet Apartheid-Begriff nicht / Deutschland gegen Nakba-Gedenken in der UNO / Bund-Länder-Arbeitsgruppe will aufgrund umstrittener Arbeitsdefinition Antisemitismus handeln
- 19 Kommentare //** Neue israelische Regierung – Gefahr für Israel und für Palästina / Deutsche Nahostpolitik in der UNO auf Schlitterkurs
- 20 Schwerpunkt: Nakba //** Vertreibung dauert bis heute an
- 22 Gesellschaft //** Karimeh Abbud – Eine arabisch-christliche Unternehmerin im britischen Mandatsgebiet Palästina
- 23 Exil //** Jaffa: Zuneigung und Missverständnisse
- 24 Schwerpunkt: Nakba //** Der Kampf um die Narrative – und die latente Kraft der Wahrheit
- 26 Schwerpunkt: Nakba //** Die Villa Harun al-Rashid der Familie Bisharat
- 27 Medienempfehlungen //** Film: DER GROSSE BÜCHERRAUB
- 28 Medienempfehlungen //** Bücherliste zur Nakba
- 30 Medien //** Die Darstellung der israelischen Besatzungspolitik in deutschen Medien
- 31 Poesie //** Taha Muhammed Ata / Da war kein Abschied
- 32 Kunst //** Abed Abdi, Das Massaker von Lydda

Liebe Leser:innen,

zu 75 Jahre Nakba-Gedenken am 15. Mai 2023 haben wir dieses Palästina Journal zusammengestellt. Biographisches, aber auch der Blick auf aktuelle Entwicklungen im von Israel besetzten Palästina kommen nicht zu kurz. Wir wünschen eine gute Lektüre.

Ihre Redaktion
redaktion@dpg-netz.de

Nachrichten aus Palästina

ISRAEL VERTREIBT FAMILIEN AUS MASAFA YATTA

Acht palästinensische Dörfer im Gebiet von Masafer Yatta mit etwa 1.300 Einwohner:innen (die Hälfte von ihnen sind Kinder) haben Räumungsandrohungen erhalten. Auf ihrem Land soll ein Übungsgelände der israelischen Armee entstehen. Erste Zerstörungen von Wohn- und Nutzgebäuden und damit verbundene Vertreibungen haben schon stattgefunden. Der Oberste Gerichtshof Israels hat die Anordnungen am 4. Mai 2022 für rechtmäßig erklärt, ihre Umsetzung durch die israelische Regierung aber nicht vorgeschrieben. Der Vorsitzende Richter ist selbst Siedler in einer illegalen israelischen Siedlung. Laut der britischen Tageszeitung The Guardian ist die Entscheidung des Gerichts „eine der größten Vertreibungsentscheidungen seit Beginn der Besatzung 1967“.

80 Prozent der von Israel zu militärischen Übungsgeländen deklarierten völkerrechtswidrig besetzten palästinensischen Gebiete werden, so die Initiative israelischer Soldat:innen „Breaking the Silence“, gar nicht für Militärübungen genutzt. Vielmehr werden sie israelischen Siedler:innen zur Errichtung von Außenposten und späteren Siedlungen zur Verfügung gestellt.

INTERNATIONALE PROFITEURE DER BESATZUNG

Mehr als 700 europäische Banken (darunter die Deutsche Bank), Vermögensverwalter, Versicherungsgesellschaften (z. B. die Allianz) und Pensionsfonds halten Aktien und Anleihen im Wert von 115 Milliarden US-Dollar von 50 Unternehmen, die nach Ansicht der Vereinten Nationen die Menschenrechte in besonderem Umfang verletzen. Zu den Aktivitäten der Unternehmen gehören der Bau von Siedlungen, die Erbringung von Dienstleistungen, der Abriss palästinensischer Häuser und die Überwachung von Palästinenser:innen. Europäische Finanzinstitute gewähren diesen Unternehmen Kredite und Bürgschaften in Höhe von 171 Milliarden US-Dollar wie im neuen Bericht von „Don't buy into occupation“ (DBIO) nachgewiesen wird.

ISRAEL SCHIEBT PALÄSTINENSISCHEN MENSCHENRECHTSANWALT AB

Die israelische Regierung hat den französisch-palästinensischen Menschenrechtsanwalt Salah Hammouri nach Frankreich abgeschoben. Hammouri, der für „Addameer“ (NGO für Rechtshilfe und Gefangenrechte) arbeitet, wurde am 18. Dezember 2022 abgeschoben, nachdem er neun Monate lang willkürlich und ohne Anklage oder Gerichtsverfahren in sog. „Verwaltungshaft“ festgehalten wurde und jahrelang schikaniert und bespitzelt wurde. Die Vereinten Nationen und internationale NGOs listen den Fall als weiteres „Kriegsverbrechen“ Israels auf.

Salahs Abschiebung und der Entzug seines Aufenthaltsstatus in Ostjerusalem beruhen auf einer 2018 erfolgten Änderung des israelischen Gesetzes. Es gibt dem Innenminister die Befugnis, die Aufenthaltserlaubnis für Palästinenser:innen aus Jerusalem zu widerrufen, wenn sie ihre „Treue“ zum Staat Israel gebrochen haben. Die Abschiebung von Salah stellt einen sehr gefährlichen Präzedenzfall dar.

BESATZUNGSBEHÖRDEN VERBIETEN WEIHNACHTSBESUCHE

3 77 palästinensische Christ:innen aus dem Gazastreifen durften nicht zu den heiligen Stätten in Jerusalem und Betlehem reisen, um an den Weihnachtsfeierlichkeiten teilzunehmen. Das teilte das Palästinensische Zentrum für Menschenrechte (PCHR) mit. 1027 Christ:innen aus dem Gazastreifen hätten eine Reisegenehmigung beantragt, sagte Kamel Ayyad, Direktor für Öffentlichkeitsarbeit der Orthodoxen Kirche in Gaza. In seiner eigenen Familie hätten die israelischen Behörden seiner Frau und einer seiner Töchter Genehmigungen erteilt, während er und seine beiden anderen Töchter keine erhielten. Zu diesen Willkürmaßnahmen kam hinzu, dass die Genehmigungen nur 45 Tage gelten, während sie im Jahr zuvor noch drei Monate lang gültig waren.

DRAKONISCHES GESETZ NUR FÜR PALÄSTINENSER:INNEN

Nur für Palästinenser:innen gilt das drakonische Gesetz über das Eigentum von Abwesenden. Es ist seit mehr als einem halben Jahrhundert eine beständige Politik des Staates Israel. Mit seinen 39 Artikeln verleiht es dem israelischen Staat die Befugnis, palästinensisches Eigentum und Vermögen, das 1948 zurückgelassen werden musste, zu konfiszieren und zu beschlagnahmen. Der Staat Israel zog das Gesetz beispielsweise auch heran, um die Räumung der Familie Salhiya und den Abriss ihres Hauses im besetzten Ostjerusalem Stadtteil Sheikh Jarrah zu rechtfertigen.



Hajj Abdelfattah Muhammad hält eine 117 Jahre alte Besitzurkunde seines von Israel beschlagnahmten Landes in Juweirisch, südlich von Nablus, auf dem eine jüdische Siedlung errichtet wurde.

DT.-FRANZ. MENSCHENRECHTS- PREIS AN PALÄSTINENSERIN

Sama Aweideh, Jerusalem, hat im Dezember den deutsch-französischen Preis für Menschenrechte erhalten. Seit Jahrzehnten setzt sie sich dafür ein, dass Frauenrechte in der palästinensischen Gesellschaft geachtet werden. 1978 war sie eine der Gründerinnen der palästinensischen „Women's Action Committees.“ Auch das Zentrum für Frauenstudien in Ostjerusalem hat sie 1992 eingerichtet.

„JUDAISIERUNG“ VON GALILÄA UND DEM NEGEV

Die in den Regierungsvereinbarungen vorgesehene „Judaisierung“ von Galiläa und dem Naqab/Negev wird die israelischen Palästinenser:innen in ihrer Existenz bedrohen. In diesen beiden Regionen lebt der Großteil der fast zwei Millionen Palästinenser:innen mit israelischem Pass. In der neuen Regierung wird die Durchsetzung der Politik der israelischen Landverwaltungsbehörde ILA in den Kompetenzbereich von Itamar Ben-Gvir fallen, der für seine extrem brutale Politik gegenüber den Palästinenser:innen bekannt ist. Ben-Gvirs Partei erhält auch das Ministerium für die Entwicklung Galiläas und des Negevs.

ISSA AMRO UNTER UN-SCHUTZ

Francesca Albanese, Sonderberichterstatterin über die Lage der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten und Mary Lawlor, Sonderberichterstatterin über die Situation von Menschenrechtsverteidiger:innen, setzen sich für den palästinensischen Menschenrechtsverteidiger Issa Amro ein. Amro erhält regelmäßig Morddrohungen von Siedlern und israelischen Streitkräften. Die UN-Expert:innen haben bereits interveniert und seinen Schutz gefordert. **„Der Fall von Issa Amro ist ein Beispiel für die vielfältigen Hindernisse, mit denen palästinensischen Menschenrechtsverteidiger:innen, die sich gewaltfrei engagieren, konfrontiert sind“**, so die Expert:innen. Das Haus von Amro in Tel Rumeida, Hebron, im besetzten Westjordanland, dient auch als Gemeindezentrum der palästinensischen zivilgesellschaftlichen Organisation „Youth Against Settlements“ (Jugend gegen Siedlungen), die sich für ein Ende des Siedlungsbaus durch friedlichen zivilen Widerstand einsetzen. Die Schließung des Hauses erwecke ernsthafte Bedenken hinsichtlich der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit in den besetzten palästinensischen Gebieten.

MIT PEGASUS-SPIONAGE-SOFTWARE GEGEN MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER:INNEN

Am 19. Oktober 2021 gab der israelische Verteidigungsminister Benny Gantz bekannt, dass sechs führende Organisationen der palästinensischen Zivilgesellschaft in den besetzten palästinensischen Gebieten als **„terroristische Organisationen“** im Sinne des israelischen Antiterrorismusgesetzes von 2016 eingestuft werden. Bei den genannten Gruppen handelt es sich um Addameer, Al-Haq, Defense for Children – Palestine, Union of Agricultural Work Committees, Bisan Center for Research and Development und die Union of Palestinian Women Committees. Dieses Vorgehen zielt nicht nur darauf ab, diese Organisationen zu kriminalisieren, sondern auch ihre Finanzierung und andere Formen der Unterstützung, die sie von internationalen Partner:innen erhalten, zu unterbinden. Dieser jüngste Schritt der israelischen Regierung ist Teil eines alarmierenden Trends und zielt darauf ab, die Arbeit von Menschenrechtsorganisationen und -verteidiger:innen zu unterbinden. Der Zeitpunkt und die Methode der Benennung deuten darauf hin, dass es sich auch um einen Versuch handelt, die Überwachung und Infiltrierung der Geräte palästinensischer Menschenrechtsverteidiger:innen mit Pegasus-Spionagesoftware zu legitimieren, wie eine forensische Untersuchung von Front Line Defenders ergab.

Am 16. Oktober 2021 wurde Front Line Defenders von Al-Haq, einer Menschenrechtsorganisation in Palästina, über das Gerät eines Mitarbeiters in Jerusalem und eine mögliche Infektion mit Spyware kontaktiert. Front Line Defenders führte sofort eine technische Untersuchung durch und stellte fest, dass das Gerät im Juli 2020 mit Spyware infiziert worden war, welche von der in Israel ansässigen NSO Group verkauft wird. Front Line Defenders begann, weitere Geräte von Mitgliedern der sechs benannten palästinensischen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu untersuchen und stellte fest, dass fünf weitere Geräte mit derselben Spyware gehackt worden waren. Front Line Defenders teilte die von den Telefonen gesammelten Daten mit Citizen Lab und dem Security Lab von Amnesty International, um sie einer unabhängigen Prüfung zu unterziehen. Beide bestätigten mit großer Sicherheit die Schlussfolgerung von Front Line Defenders, dass die Telefone mit Pegasus gehackt wurden. Front Line Defenders untersuchte 75 iPhones und fand heraus, dass 6 Geräte mit der Spionagesoftware Pegasus der NSO Group gehackt wurden. Citizen Lab und das Security Lab von Amnesty International bestätigten jeweils die Analyse. Drei Opfer erklärten sich damit einverstanden, identifiziert zu werden (siehe unten), drei wollten anonym bleiben: Die Spionagesoftware wurde festgestellt auf den Handys von **Ghassan Halaika**, Feldforscher und Menschenrechtsverteidiger bei Al-Haq, **Ubai Al-Aboudi**, Geschäftsführender Direktor des Bisan-Zentrums für Forschung und Entwicklung sowie **Salah Hammouri**, Jurist und Feldforscher bei der Addameer Prisoner Support and Human Rights Association mit Sitz in Jerusalem.

PALÄSTINENSISCHE FAHNEN VERBOTEN

Der neue israelische Minister für Nationale Sicherheit hat palästinensische Fahnen aus der israelischen Öffentlichkeit verbannt. Itamar Ben-Gvir teilte mit, er habe die Polizei angewiesen, das Verbot des Zeigens von Palästina-Fahnen im öffentlichen Raum durchzusetzen.

1979 eröffnete eine Gruppe von etwa 40 Künstler:innen die erste Galerie in Palästina unter dem Namen „Galerie 79“ in Ramallah. Ende 1980 war ich mit meinen Bildern an der Reihe. Gegen 18 Uhr am Eröffnungstag stürmte eine Gruppe von israelischen Soldaten die Galerie und befahl uns hinauszugehen. Dann verriegelten sie die Tür, nahmen die Schlüssel mit und verboten uns, die Galerie bis auf weiteres zu benutzen.

Nach etwa anderthalb Monaten baten mich die Mitbegründer Nabil Anani und Essam Badr zu einem Treffen mit einem hochrangigen israelischen Offizier, der mit uns über unsere politisch motivierte Kunst diskutierte. Er empfahl uns Blumensträuße zu malen, so wie es europäische Künstler taten, und er würde diese Gemälde sogar zum Verkauf weitervermitteln. Anschließend wurde es formal und ernst als er uns mitteilte, dass es ab sofort eine neue Verordnung gebe, die uns verbietet, künstlerische Werke ohne Genehmigung der Militärzensur auszustellen. Darüber hinaus dürften wir die Farben weiß, schwarz, rot und grün, die in der palästinensischen Fahne vorkommen, nicht verwenden. Auf die Frage von Essam, was mit einem Gemälde geschehen würde, auf dem ein Blumenstrauß in diesen Farben vorkäme, antwortete der Offizier, dass es konfisziert würde und fügte hinzu, selbst wenn es eine geschnittene Wassermelone sei.



Melonen-Fahne erhältlich bei:
disarmingdesign.com

Selbstverständlich haben uns diese Befehle nicht abgehalten weiter zu malen, aber ab da wurde die Wassermelone zum Symbol unseres Widerstandes gegen die Kunstzensur der israelischen Besatzung.

von **SLIMAN MANSOUR**

← Tweet



6:48 nachm. · 1. Dez. 2022

Der marokkanische Fußballer Jawad El Yamiq feierte mit einer Palästina-Flagge nachdem sein Team ins Halbfinale bei der Weltmeisterschaft in Katar kam.

FOTO // TANYA HABJOUQA/NOOR
FOR THE WASHINGTON POST



Ein ferngesteuertes Maschinengewehr, das mit Betäubungsgranaten, gummiummantelten Geschossen und anderen Anti-Demonstrations-Mitteln geladen werden kann, wurde im September auf der oberen Ebene des Kontrollpunkt-Tores von Bab al-Zawiyah in Hebron angebracht. Wochenlang dachten die Palästinenser:innen, die darunter hindurchgingen, es handle sich nur um eine Kamera.

WENIG HOFFNUNG IN ZWEISTAATENLÖSUNG

Noch nie seit den 1990er-Jahren haben so wenige Israelis und Palästinenser:innen die sogenannte Zweistaatenlösung befürwortet: 39 Prozent in Israel und 33 Prozent in Palästina. Die Erhebung „Palestinian-Israeli Pulse“ beruht auf einer Befragung von mehr als 2000 Israelis und Palästinenser:innen. Sie wurde von der israelischen Demoskopin Dahlia Scheindlin, dem Meinungsforscher Khalil Shikaki vom „Palästinensischen Zentrum für politische und Befragungsstudien“ und dem Sozialwissenschaftler Nimrod Rosler von der Universität Tel Aviv betreut und Anfang Dezember durchgeführt. Zuletzt hatte es im Sommer 2017 auf beiden Seiten eine Mehrheit dafür gegeben.

PROTESTANTISCHER ZIONSRIEDHOF IN JERUSALEM GESCHÄNDET

Im Protestantischen Friedhof auf dem Zionsberg in Jerusalem sind rund dreißig Gräber schwer beschädigt worden. Unter den zerstörten Monumenten findet sich auch der Grabstein des Gründers der Schneller-Schulen, Johann Ludwig Schneller (1820-1890) und ein Marmorrelief auf dem Grabmal Samuel Gobats, des zweiten evangelischen Bischofs in Jerusalem (1846-1879). Die Täter sind auf einer Überwachungskamera zu erkennen. Der anglikanische Erzbischof Hosam Naoum nennt diesen Vorfall ein Hassverbrechen und appelliert an die israelischen Behörden, die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen. Die Kirchen in Ostjerusalem sind besorgt über die Zunahme der israelischen extremistischen Angriffe auf christliches Eigentum in der Stadt. Gegenwärtige und ehemalige Kirchenvertreter sagten gegenüber Anadolu Agency, dass die häufigen Angriffe auf christliches Eigentum in den meisten Fällen ohne Bestrafung der Täter:innen endeten.



DESIGN – HERGESTELLT IN PALÄSTINA

Außerlich sieht er vielleicht nur wie ein gut konstruierter Lederrucksack mit vielen Taschen aus, aber in Wirklichkeit ist die „Checkpoint-Tasche“ absichtlich so gestaltet, dass sie eine viel größere Wirkung hat und vom Kampf der Palästinenser:innen vor Ort erzählt. Das Produkt ist nur eines von vielen, die bei Disarming Design from Palestine (DDFP), einem unabhängigen belgischen Non-Profit-Label, angeboten werden.

Die Plattform wurde 2012 von der niederländischen Designerin und Forscherin Annelys Devet und dem palästinensischen Künstler Khaled Hourani ins Leben gerufen und bietet provokative und „entwaffnende“ Designs an, die ausschließlich in Palästina hergestellt wurden, darunter im Westjordanland, im Gazastreifen, in Jerusalem und in einem Flüchtlingslager in Jordanien. Devet, die ehrenamtlich als Koordinatorin eines kleinen Teams arbeitet, koordiniert die Arbeit von DDFP von ihrem Atelier auf einem großen Bauernhof am Stadtrand von Brüssel aus. Sie sagt, dass die Absicht hinter der Marke war, palästinensische Talente zu präsentieren und das Bewusstsein für die Notlage der Palästinenser:innen zu schärfen.

<https://disarmingdesign.com/>



Hohe Zahl von Kindern und Jugendlichen unter den Gewaltopfern

Unabhängige Menschenrechtsorganisationen wie die israelische B'Tselem führen in ihren Statistiken seit 1967 nach Anzahl, Alter, Geschlecht, Tatort aufgeschlüsselt, insgesamt 10.219 getötete Palästinenser:innen auf (Stand: 31.12.22). Die Tötungen werden hauptsächlich den israelischen Streitkräften, aber auch rechtsradikalen Zivilisten zugeschrieben.

Gewaltopfer – durch Tötungen, Verletzungen, Verstümmelungen, aber auch durch willkürliche Verhaftungen, Folter und Misshandlungen – sind zu einem erheblichen Teil Kinder und Jugendliche.

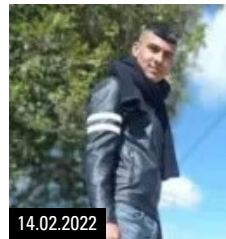
2021 wurden 78 Kinder im Westjordanland und in Gaza getötet, die höchste Zahl seit 2014. Im vergangenen Jahr waren es 53 jugendliche Gewaltopfer und in den ersten sechs Wochen des neuen Jahres waren es schon wieder elf Minderjährige, die von der Besatzungsmacht getötet worden sind.

Die misshandelten, verletzten oder getöteten Kinder werden nach Angaben der Besatzungsmacht in der Regel aus Gründen von „Sicherheit“ und „Verteidigung“ „unschädlich gemacht“, weil sie Soldaten oder Militärfahrzeuge mit „Steinen beworfen“ hatten oder „bewerfen wollten“, weil sie sich gegen die – häufig nächtliche Erstürmung ihrer elterlichen Häuser wehren, sich gegen Hauszerstörungen, Enteignungen und Verhaftungen oder andere Gewaltmassnahmen zur Wehr gesetzt oder einfach nur „Drohungen ausgestoßen“ hatten. Es ist auffällig, dass selbst völlig unbewaffnete oder bereits handlungsunfähige Kinder mit mehreren Schüssen (in Brust, Kopf) umgebracht werden. Aus Sicht der Mehrheit der israelischen Bevölkerung gelten die Kinder – genau wie die erwachsenen Palästinenser:innen – als Terrorist:innen.

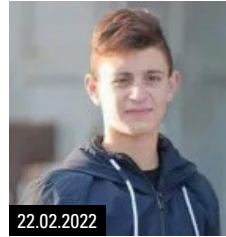
Laut Amnesty International gibt es umfassende Beweise, dass „**die israelischen Ermittlungssysteme seit langem dazu dienen, Straffreiheit für ungesetzliche Tötungen von Palästinensern durch israelische Militär- und Polizeikräfte aufrechtzuerhalten**“. Nur eine verschwindend geringe Anzahl dieser Tötungen führen zu Disziplinarverfahren gegen Soldaten oder zu Strafverfolgung. Kommt es tatsächlich einmal zu einer Strafverhängung, so kann der Soldat mit baldiger Begnadigung rechnen. Im letzten Dezember berichtete Electronic Intifada über Ahmad Dawabsheh im Ort Duma bei Nablus. Sein Elternhaus war 2015 von Siedlern mit Brandflaschen angegriffen worden. Ahmads kleiner Bruder Ali (18 Monate) war dabei verbrannt. Beide Eltern erlagen kurze Zeit später ihren schweren Verletzungen. Ahmad überlebte und musste sich etlichen Operationen unterziehen. Der neue israelische „Sicherheitsminister“ Ben Gwir verteidigte die Mörder, als deren Anführer der rechtsradikale Siedler Amir Ben-Uliel gilt, der zur Tatzeit in einem Bus im illegalen Siedlungsposten Adei Ad lebte, von dem aus der Ort Duma überblickt werden kann.

Derzeit will die neue israelische Regierung gesetzlich festlegen, dass das Filmen/Fotografieren von Soldaten und Polizisten verboten werden soll, weil es „Israel schade“.

Getötete Kinder 2022



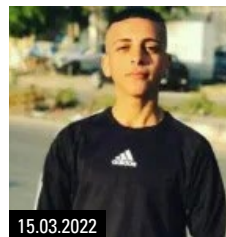
14.02.2022
Mohammad Akram Abu Salah, 17



22.02.2022
Mohammad Rezeq Salah Shehada, 14



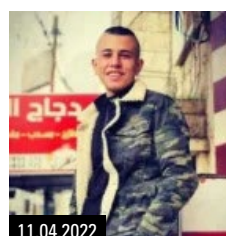
06.03.2022
Yamen Nafez Jaffal, 16



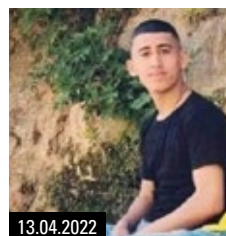
15.03.2022
Nader Haitham Rayyan, 17



25.03.2022
Fatma Jalal al-Masri, 1



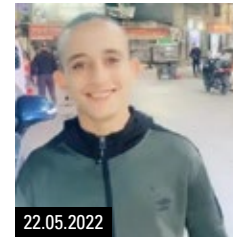
11.04.2022
Mohammad Hussein Zakarna, 17



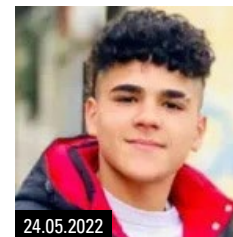
13.04.2022
Qussai Fuad Hamamra, 14



15.04.2022
Shawkat Kamal 'Aabed, 17



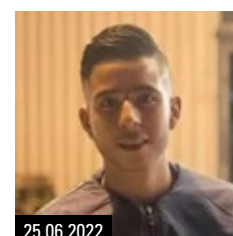
22.05.2022
Amjad Waleed al-Fayed, 17



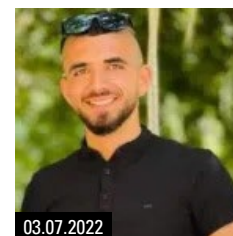
24.05.2022
Gheith Rafiq Yameen, 16



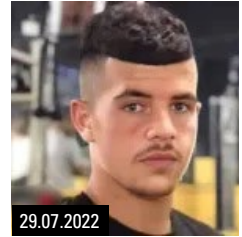
02.06.2022
Odah Mohammad Sadaqa, 17



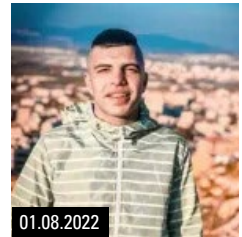
25.06.2022
Mohammad Abdullah Saleh Hamed, 16



03.07.2022
Kamel Abdullah Alawna, 17



29.07.2022
Amjad Nash'at Abu Alia, 16



01.08.2022
Dirar Riyad Saleh al-Kafrini, 17



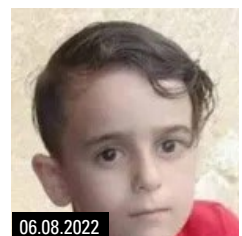
05.08.2022
Ala' Abdullah Qaddoum, 5



06.08.2022
Hazem Mohammad Salem, 9



06.08.2022
Momen Mohammad Nairab, 5



06.08.2022
Ahmad Mohammad Nairab, 11

Todesumstände

Mohammad Abu Salah (16) war der erste Jugendliche, der im Jahr 2022 erschossen wurde. Die Besatzungsarmee hatte den Ort al-Sila al Harithiya überfallen, was größere Proteste der Bewohner:innen auslöste. Nach Angaben der Organisation Defence for Children schoss die Armee ohne Vorwarnung in die Menge, verletzte etliche. Abu Salah wurde ins Auge getroffen, sein Cousin in die Hand, als er Abu Salah helfen wollte.

Mohammad Rezaq Salah (13) wurde außerhalb seines Wohnorts al-Khader südlich von Betlehem nahe der Sperrmauer erschossen. Er habe angeblich einen Molotow-Cocktail auf vorbeifahrende Autos geworfen. Nach Angaben seiner Familie war er 300 Meter von der Sperrmauer entfernt und hatte niemanden in Gefahr gebracht.

Yamen Jaffal (16) wurde bei einem Zusammenstoß mit Besatzungssoldaten bei einem Überfall auf den Ort Abu Dis erschossen. Die Armee behauptete, sie habe auf zwei Leute geschossen, die Brandflaschen geworfen hätten.

Nader Rayyan (16) wurde bei einem frühmorgendlichen Überfall der Besatzungsarmee auf das Flüchtlingslager Balata bei Nablus erschossen. Laut DCIP saß er mit einem Freund auf einem Moped auf dem Weg zum Café seines Bruders, als beide erschossen wurden.

Qusai Hamamra (16) wurde erschossen, als die Besatzungsmacht in das Dorf Husan einfiel. Angeblich habe er einen Molotow-Cocktail geworfen. DCIP berichtete, er sei von mehreren Schüssen und einem Kopfschuss getroffen worden.

Shawkat Kamal Abed (17) wurde am 14. April bei einem Einfall der Armee in das Dorf Kafr Dan erschossen. Laut DCIP wurde er mit explodierender Spezialmunition in den Bauch geschossen und verstarb am nächsten Tag. Bei dem Überfall wurden auch **Shas Kamamji** und **Mustafa Abu Arub** erschossen.

Adel Ibrahim Adel Daud (14) und **Mahdi Ladadwa** (17) wurde am 7. Oktober beim Dorf al-Mazraa al-Gharbiyya von der Armee erschossen, nachdem um 4 Uhr morgens Siedler das Dorf angriffen. Die begleitenden Soldaten schossen auf die protestierende Menge und töteten die Jugendlichen.

Mahmoud Mohammed Samoudi (12) wurde am 28. September bei einem Überfall der Armee auf das Flüchtlingslager Jenin zusammen mit vier weiteren Palästinensern erschossen. Er verstarb an einem Bauchschuss am Folgetag.

Folla Rasmi Abdul-Aziz Masalma (14) wurde im Auto ihrer Eltern durch die Windschutzscheibe erschossen. Der Armeeposten fühlte sich von dem heranfahrenden PKW bedroht.

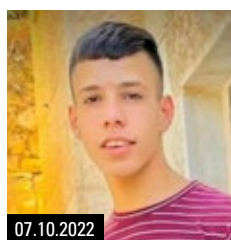
Jana Majdi Issam Assaf (15) wurde in Jenin auf dem Dach ihres Elternhauses von mehreren Schüssen in die Brust getroffen, ein Kopfschuss war tödlich. Dazu der Chef der Grenzpolizei, Amir Cohen: „Unsere Kämpfer haben moralisch gehandelt, wertebasiert, mutig und entschlossen, um Leben zu retten“.

Quellen:
<https://israelpalestinetimeline.org/>
und
<https://mondoweiss.net/>

HERMANN DIERKES



06.08.2022
Mohammad Eyad Hassouna, 14



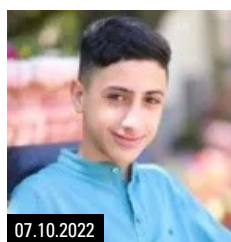
07.10.2022
Mahdi Mohammad Ladadwa, 17



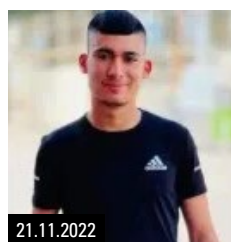
14.11.2022
Folla Rasmi Abdul-Aziz Masalma, 15



08.08.2022
Hanin Abu Qayda, 10



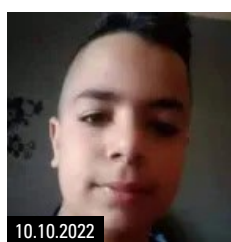
07.10.2022
Adel Ibrahim Adel Daoud, 14



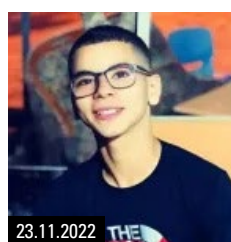
21.11.2022
Mahmoud al-Sa'di, 17



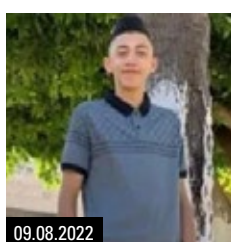
09.08.2022
Mo'men Yassin Jaber, 16



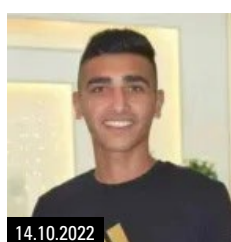
10.10.2022
Mahmoud Mohammad Sammoudi, 12



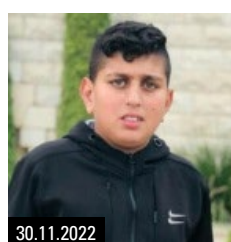
23.11.2022
Ahmad Amjad Shehada, 16



09.08.2022
Hussein Jamal Taha, 16



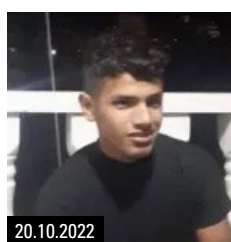
14.10.2022
Mohammad Maher Sa'id (Ghawadra), 17



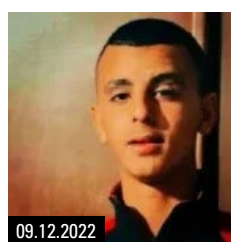
30.11.2022
Issa Hani Talqat, 13



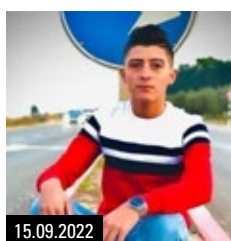
11.08.2022
Layan Musleh Sha'er, 10



20.10.2022
Mohammad Fadi Nouri, 16



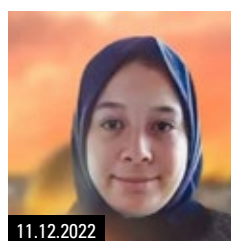
09.12.2022
Dia' Mohammad Shafiq Rimawi



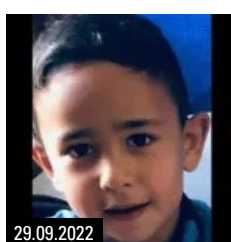
15.09.2022
Odai Trad Hisham Salah, 17



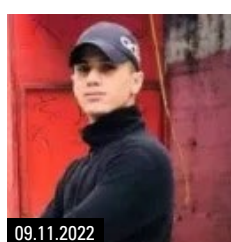
03.11.2022
Mohammad Samer Khallouf, 14



11.12.2022
Jana Majdi Issam Assaf, 15



29.09.2022
Rayyan Yasser Suleiman, 7



09.11.2022
Mahdi Mohammad Hamdallah Hashash, 17

Die Nakba in Galiläa

Palästinensische Dörfer, die den 48er Krieg überdauert haben

Weshalb blieben in Galiläa trotz flächendeckender Vertreibungsaktionen im israelisch-arabischen Krieg von 1948 rund ein Drittel der mehr als 200 arabischen Dörfer bestehen? Der in Israel lebende palästinensische Historiker Adel Manna ist dieser Frage in einem Buch nachgegangen, dessen Titel ins Deutsche übersetzt lautet: **„Nakba und Überdauern. Die Geschichte der Palästinenser, die in Haifa und Galiläa verblieben sind, 1948 bis 1956“.**

Mannas Untersuchung besitzt auch deshalb Seltenheitswert, weil sich bislang kaum ein israelisch-arabischer Historiker dieses äußerst komplexen und auch politisch aufgeladenen Geschichtskapitels angenommen hat. Adel Manna ging es bei seiner Untersuchung auch um die Aufarbeitung der Geschichte seines etwa zwanzig Kilometer östlich der Küstenstadt Akko liegenden

Geburtsorts Madsch al Kurum. Die Vorgänge in dem Dorf, das neben anderen in der Umgebung den Krieg überdauert hat, spiegeln die gängigen Muster des damaligen Umgangs der Israelis mit der palästinensischen Bevölkerung. Dieser war nicht frei von Widersprüchen, die auch die Haltung des Jischuw, der jüdischen Bevölkerung Palästinas, in der Palästinenser-Frage prägten.

„HIRAM-OPERATION“ GEGEN PALÄSTINENSER:INNEN IN GALILÄA

David Ben Gurion, der Anführer des Jischuw, der nach der Staatsgründung im Mai 1948 erster israelischer Ministerpräsident und Verteidigungsminister wurde, schwebte eine möglichst umfassende Räumung des Landes von seinen



palästinensischen Bewohner:innen vor. Seine maximalistischen Forderungen trafen jedoch gelegentlich auf den Widerstand seiner Kabinettsmitglieder. Ben Gurion setzte sich immer wieder durch, auch in Sachen Galiläa. So wurden die arabischen Bewohner des nord- und südöstlichen Galiläa schon vor und unmittelbar nach der Staatsgründung in die Flucht getrieben – diese Gebiete sollten laut dem UN-Teilungsplan von 1947 dem jüdischen Staat zufallen. In der „Hiram-Operation“ Ende Oktober 1948 wurde dann innerhalb von nur zwei Tagen das übrige Galiläa von der israelischen Armee erobert, ein Gebiet, das ursprünglich für einen arabisch-palästinensischen Staat vorgesehen war.

Schon vor der „Hiram-Operation“ hatte sich gezeigt, dass die Israelis die Dörfer der mit ihnen kooperierenden Drusen verschonten. Ähnlich, allerdings nicht konsequent, ging man mit den

arabisch-christlichen Ortschaften um – Nazaret wurde, wie auch die meisten der umliegenden Orte, verschont. Gegen muslimische Dörfer hingegen ging Israel in der Regel massiv vor. So war auch Adel Mannas Heimatdorf ins Visier geraten, zumal in dessen Nähe Kämpfer der Freiwilligen-Miliz „Rettungsarmee“ stationiert waren, die im Namen der Arabischen Liga operierte und im Krieg Teile von Galiläa kontrollierte. Jedoch zogen sich diese Kämpfer schon zu Beginn der israelischen Offensive rasch zurück. Sie empfahlen den Dorfbewohnern, nicht zu fliehen, sondern mit den Israelis eine Kapitulation auszuhandeln. Dies geschah dann durch die Vermittlung befreundeter Drusen aus einem Nachbardorf, die den Kontakt zu einem Aufklärungsoffizier herstellten. Den bald in Madsch al Kurum eintreffenden israelischen Soldaten wurden sämtliche im Besitz der Dorfbewohner befindlichen Waffen ausgehändigt. So schien ihnen das Schicksal erspart zu bleiben, das Muslime in anderen galiläischen Dörfern erlitten hatten.

Eine Woche später aber tauchten im Dorf wieder israelische Soldaten auf und alle Männer mussten sich auf dem Dorfplatz versammeln. Wie der Historiker Manna einer Akte der Militäraufklärung entnahm, hatten die Israelis vermutet, dass etliche der im Dorf befindlichen jungen Männer – darunter auch Flüchtlinge aus schon geräumten Ortschaften der Region – in den Reihen der „Rettungsarmee“ gekämpft hätten. Nach Ansicht Mannas, der sich auf seine Gespräche mit Zeitzeugen beruft, war der Verdacht unbegründet. Die auf dem Dorfplatz versammelten Männer wurden aufgefordert, die „restlichen Waffen“ auszuhändigen – im Ort aber waren, wie die Ortsvorsteher betonten, keine mehr vorhanden. Die Soldaten bekräftigten dennoch ihren Befehl und begannen nicht nur Häuser zu durchsuchen, sondern exekutierten nacheinander fünf Männer, darunter auch Adel Mannas Großvater. Das Töten – bei den Hausdurchsuchungen wurden noch weitere zwei Männer, eine Frau und ein Mädchen erschossen – nahm nur deshalb ein Ende, weil der bei den Kapitulationsverhandlungen vermittelnde Aufklärungsoffizier, der sich gerade im Dorf aufhielt, in das Geschehen eingriff.

RÜCKKEHRVERSUCHE

Allerdings wurde dadurch nicht verhindert, dass zumindest neun junge Männer in den Libanon deportiert, zahlreiche Häuser im Dorf geplündert und große Teile des Viehbestands von der Armee beschlagnahmt wurden. Erschießungen, Plünderungen und Raub waren damals keineswegs die Ausnahme, sie fanden aber eher bei gezielten größeren Vertreibungsaktionen statt. Dennoch flohen nach den Erschießungen viele der jungen Männer aus Angst in den Libanon, darunter auch Mannas

Vater. Als im November 1948 die erste israelische Volkszählung stattfand, auf deren Grundlage später Personalausweise ausgestellt wurden, erfasste man die Geflüchteten nicht. Sie galten bei ihren Rückkehrversuchen als feindliche „Infiltranten“, auf die auch geschossen werden durfte. Mehrere tausend Palästinenser:innen fanden so oder durch Minen den Tod. Wen beim Rückkehrversuch nach Galiläa das Militär aufgriff, der wurde bald wieder in eines der arabisch kontrollierten Gebiete deportiert.

Es wurden nicht nur männliche „Infiltranten“, sondern ganze Familien vertrieben. So verhielt es sich auch bei der zweiten Razzia im Dorf, bei der weitere 180 Palästinenser deportiert wurden, sowie bei einer dritten Aktion im November 1949, die rund 250 Menschen betraf. Ein Großteil der Deportierten landete nach einer langen Odyssee in einem palästinensischen Flüchtlingslager im Südlibanon.

Die relativ durchlässige Grenze zu Israel machte es möglich, dass viele von ihnen ihre Heimatdörfer aufsuchten, um ältere und wirtschaftlich geschwächte Verwandte zu unterstützen, oder dort sogar dauerhaft blieben – ein in der Forschung bislang kaum behandeltes Geschichtskapitel, dessen Komplexität der Autor an einer Reihe von Beispielen veranschaulicht. Sein Vater entschloss sich 1951, trotz aller Risiken, mit der Familie zurückzukehren, was über den Seeweg gelang. Die Familie durfte schließlich bleiben, weil mehr als fünfzig der exilierten Dorfbewohner:innen bei Israels Oberstem Gericht den Bürgerstatus einklagen konnten.

Obgleich die Vorgehensweise der Israelis in Galiläa inkonsequent wirkt, ist sie für Manna Ergebnis einer gezielten „Vertreibungspolitik“, die stellenweise nur deshalb nicht zu Ende geführt worden sei, weil ihr die Palästinenser im Rahmen ihrer Möglichkeiten Widerstand geleistet hätten. Dieser These Mannas hat der israelische Historiker Benny Morris, ein angesehener Fachmann für die Gründungsgeschichte Israels, vehement widersprochen. Mannas Studie wird in Israel allerdings auch gelobt, weil sie neues Licht auf die viel diskutierte Nakba wirft. Denn erst die Einbeziehung palästinensischer Zeitzeugnisse veranschaulicht, dass das bislang freigegebene israelische Archivmaterial, auf das sich Morris bei seinen Forschungen gestützt hat, ein einseitiges Bild von den Ereignissen vermittelt. Für deren Verständnis ist der Blick der Besetzten, der bislang weitgehend gefehlt hat, nicht minder wichtig.



Nakba: Mitglieder der jüdischen Streitkräfte (Haganah) vertreiben Palästinenser aus Haifa am 12. Mai 1948 während der Nakba, Bild aus dem Film „Der große Buchraub“

Shatila: Home away from Home

Palästinenser:innen in der Diaspora

Über 430.000 Palästinenser:innen fanden ab 1948 nach der Vertreibung aus ihrer Heimat (Nakba) im Libanon Zuflucht in Flüchtlingslagern. Viele leben hier bereits in dritter Generation unter schwierigen, beengten Bedingungen und mit vielen Einschränkungen bzgl. Berufs- und Wohnortwahl. Da den muslimischen Flüchtlingen die libanesische Staatsbürgerschaft verwehrt bleibt, sind diese von vielen Rechten ausgeschlossen. Hierzu gehört das Wahlrecht und das Recht auf freie Berufs- und Wohnortwahl. Es dürfen lediglich bestimmte, meist handwerkliche Berufe ausgeübt werden. Besonders qualifizierte Berufe wie z.B. in den Bereichen Medizin, Jura oder Ingenieurwesen bleiben ihnen verwehrt.



Nejmeh al Khatib wurde 1922 in Al Kalsah, Palästina geboren. 1948 floh sie mit ihrer Familie über Habush und Tal al Saatar nach Shatila. Ihre Mutter und drei ihrer Geschwister starben in Tal al Sataar durch israelische Bombenangriffe. Nejmeh lebt mit ihrer Nichte im Flüchtlingslager Shatila in Beirut. Die einzigen Erinnerungen an ihre Heimat und ihre Familie sind die Bilder auf dem Handy.

Geplant war das Lager Shatila 1949 nach der Nakba für 500 Flüchtlinge. Die Zahl hat sich mittlerweile mindestens verzehnfacht. Demzufolge wurde in die Höhe gebaut – was sehr riskant ist und die Lebensbedingungen nochmals drastisch verschlechtert. Das Lager ist völlig überfüllt. Die Bewohner:innen dürfen nur innerhalb des Lagers wohnen. Außerhalb zu wohnen, bauen oder leben ist ihnen untersagt.



Sophiah Hassaneen, 85, verließ mit ihrer Familie 1948 Haifa und lebt seit 1950 in Shatila. Während des Massakers in Shatila 1982 versteckte sie sich vor den Soldaten mehrere Tage in einer kleinen Höhle unter dem Regal hinter der Tür.



Die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Shatila ist nicht gewährleistet, gerade im Winter steht das Wasser in den schmalen Gängen zwischen den Häusern. Das Trinkwasser ist oftmals mit Bakterien verseucht und wird von vielen an öffentlichen Hähnen abgefüllt.

Einige wenige Stromkästen versorgen das gesamte Lager mit Strom. Durch den massiven Zuwachs von Flüchtlingen werden immer weitere Stromkabel gezogen- es entstehen oft nicht gesicherte „Kabeldächer“. Jährlich sterben dort Menschen durch Stromschläge.



Bildung und medizinische Versorgung sind ebenfalls sehr eingeschränkt. Die UNRWA als die für palästinensische Flüchtlinge verantwortliche Organisation der UNO unterhält in Shatila lediglich ein Gesundheitszentrum. Die lokale Apotheke überlebt größtenteils durch Spenden.



Durch die völlig unzureichende Stromversorgung konnten einige Interviews nur mithilfe von Handy-Beleuchtung durchgeführt werden. Majdi, 50, wurde in Shatila geboren, seine Großeltern kamen aus Amkaa. Er arbeitet hier als Basketballtrainer und Projektmanager und nicht zuletzt als Übersetzer.

Verschärft wurden die Bedingungen seit 2014 durch die hohe Anzahl an Flüchtlingen aus dem syrischen Bürgerkrieg. Die Anzahl der in Shatila lebenden Menschen kann nur geschätzt werden. Die Zahlen schwanken zwischen 22.000 und 40.000 Einwohner:innen auf nur einem Quadratkilometer.



Alshylch Saleh Azzokkah ist 81 Jahre alt und stammt aus Jenin. Sein Vater hatte eine Eisfabrik, die 1948 von israelischen Soldaten erst ausgeraubt und dann zerstört wurde. Nach dem Studium der Islamwissenschaft in Kairo und der Flucht 1948 lebte er in Sabra und seit 1995 in Shatila, wo er bis heute als Prediger arbeitet. Er kehrte, wie alle, die ich gesprochen habe, nie wieder nach Palästina zurück.



Die staatliche Stromversorgung im Libanon ist zusammengebrochen, lediglich zwei Stunden am Tag wird Strom geliefert. Überall brummen deshalb Dieselgeneratoren. Die Kosten für diese Generatoren und deren Versorgung liegen bei 300 Dollar im Monat und übersteigen z.B. ein Lehrergehalt.

Bekannt wurde das Lager Shatila in Beirut durch das Massaker im September 1982. Nach dem Attentat auf den libanesischen Präsidenten Bachir Gemayel töteten Kräfte der Libanese Forces mit Unterstützung und unter den Augen der israelischen Armee, angeführt vom damaligen General und späteren Ministerpräsidenten Ariel Sharon, wahllos zwischen 750 und 3500 Menschen in Sabra und Shatila. Viele der Überlebenden verließen daraufhin diese Lager. Die Menschen in Shatila überlebten also die Nakba 1948 und das Massaker 1982.

URSULA MINDERMANN, DPG-Vizepräsidentin

Ursula Mindermanns Besuche und Gespräche mit Überlebenden der Nakba und des Massakers in Shatila sind eine Ergänzung des internationalen Projekts und der Ausstellung „Home away from Home – Palästinenser:innen in der Diaspora“. Unter Schirmherrschaft der DPG und des schottischen „Network of Photographers for Palestine“ ist eine Dokumentation mit Porträts von Palästinenser:innen in den USA, Schottland und Deutschland entstanden.

Vertreibung – gestern aus Haifa, heute aus Damaskus

In seinem Bestseller „Jaffa Road“ schildert der Schriftsteller *Daniel Speck* eine ungewöhnliche Begebenheit: 1948 soll eine polnische jüdische Familie in die Wohnung einer eben aus Haifa vertriebenen palästinensischen Familie einziehen. Die Familie geht in die leere Wohnung hinein und sieht einen für mehrere Personen gedeckten Tisch. Sie verlässt schleunigst die Wohnung und weigert sich dort einzuziehen. Die neuen Einwanderer begründen ihre Entscheidung mit den Worten: als die Nazis uns in Warschau zum KZ abholten, sah unsere Wohnung genauso aus.

Als ich diese bewegende Geschichte las, dachte ich an die Familie meiner Schwester *Nahida*, die 1948 aus ihrer Wohnung in Haifa vertrieben wurde.

Für mich, ich war damals neun Jahre alt, war diese Vertreibung ein herber Schlag; zwar wohnte ich im Haus meiner Eltern in der noch nicht besetzten Stadt Jenin, etwa 30 Kilome-

ter von Haifa entfernt, aber ich konnte in weniger als einer Stunde meine älteste Schwester besuchen. Darüber hinaus wurde ich auch vom Mittelmeer abgeschnitten, wo ich oft am Strand im Sand gespielt hatte.

Nun hat sich die Familie meiner Schwester in Damaskus niedergelassen und um sie zu besuchen, musste man stundenlang über Nablus und Amman mit mehreren kaum bezahlbaren Sammeltaxis fahren.

Meine Schwester und ihr Mann konnten in der syrischen Hauptstadt als Lehrkräfte arbeiten, und so wurde ihnen das Wohnen in *Alyarmuk-Flüchtlingslager* erspart. Ihre syrischen Nachbarn haben die neuen Flüchtlinge gut aufgenommen; meine Schwester erzählte mir Jahre später: Wenn wir aus Heimweh weinten, weinten die syrischen Nachbarn mit uns.

Wie das Leben so spielt, sind im Jahre 2015 mehr als 800.000 Syrer nach Deutschland geflüchtet. Ich leistete einen bescheidenen Beitrag und half



Hakam Abdel-Hadi 1939, Jenin, seit 1958 in Deutschland

ihnen mit Übersetzungen etc. Eine syrische Familie bedankte sich warmherzig mit vielen Worten dafür. Ich sagte ihr, ich revanchiere mich nur für eure Hilfe für die Familie meiner aus Haifa nach Damaskus geflüchteten Familie. Sie erwiderten: Wir sind auch Palästinenser. Wir wohnten in Damaskus im *Alyarmuk-Flüchtlingslager*. Nun sind wir zum zweiten Mal Flüchtlinge.

Nakba – „Eingriff einer fremden Macht durch strenge Verbote, Arroganz, gezielte Morde und Landdiebstahl“



William Hodali 1935, Beit Jala, seit 1957 in Deutschland

Meinem persönlichen Empfinden nach begann die Nakba schon am 22. Juli 1946 mit der Bombardierung des King-David-Hotels in Jerusalem. Dabei kamen der Bruder meines besten Freundes und ein weiterer junger Mann aus unserer Nachbarschaft um. Für mich war dies das Ende der Toleranz gegenüber eingewanderten europäischen Juden, die für den Anschlag verantwortlich waren.

Als es dann zu den Flüchtlingsbewegungen kam, waren die Menschen an meinem Geburtsort Beit Jala von der Vertreibung selbst nicht betroffen. Doch haben sich in Beit Jala vertriebene Menschen niedergelassen. Davon zeugen heute noch die Flüchtlingslager „Deheisheh“, „Aida“ und „Azza“. Während des Krieges wurden auch Bomben auf Beit Jala geworfen, vor denen wir im Gebäude des Priesterseminars Zuflucht suchten.

Mein Vater war bei der britischen Mandatsregierung beschäftigt und erhielt nach deren Auflösung 1948 eine Abfindung, von der wir lebten. Von uns

zehn Geschwistern befinden sich nur vier im besetzten Palästina. Mein älterer Bruder wurde politisch verfolgt und flüchtete nach Spanien. Die restlichen Geschwister halfen beim Aufbau Kuwaits, bevor sie mit ihren Familien in Peru, Chile, Kanada und in die USA einwanderten.

Nach meinem Studium arbeitete ich zunächst als Lehrer im Libanon und ging 1957 nach Deutschland um Maschinenbau zu studieren. Wegen der Besetzung im Jahr 1967 galt ich im israelischen Recht als „**Abwesender**“ und konnte nicht in meine alte Heimatstadt zurückkehren. Auch die Möglichkeit einer „Familienzusammenführung“ wurde mir verwehrt.

Durch den Bau von drei israelischen Siedlungen (*Gilo, Har Gilo und Giv'at Hamatos*), den Bau einer Siedlungsstraße und die Ausweitung des Stadtgebiets von Jerusalem hat Beit Jala seit 1967 ca. 60 Prozent seines Stadtgebietes verloren. Nicht einmal der Vatikan konnte die israelische Beschlagnahme von kirchlichem Boden des in Beit Jala befindlichen Cremisan-Klosters verhindern.

Nakba bedeutet für mich: Eingriff einer fremden Macht durch strenge Verbote, Arroganz, gezielte Morde und Landdiebstahl sowie die Unterdrückung der einheimischen palästinensischen Bevölkerung. Dieses Verhalten ist für mich unhaltbar, denn meine Eltern lebten einst mit den ansässigen palästinensischen Juden in Freundschaft und Frieden. Diese Koexistenz fand leider mit der Einwanderung fremder Juden ab 1948 definitiv ein Ende.

Was Nakba auch ist: Einmal reiste ich mit meiner Familie in die Heimat. Meine jüngere Tochter brauchte Medikamente, die wir im Handgepäck mitführten. Bei der Kontrolle bei der Einreise am Flughafen Tel Aviv wurden diese Medikamente ohne Angabe von Gründen beschlagnahmt und ich hatte größte Mühe, sie mir in Palästina zu besorgen.

In den 1980er Jahren musste ich einmal miterleben, wie das schwerkranke kleine Kind einer palästinensischen Frau am Kontrollpunkt Betlehem-Jerusalem in ihren Armen starb. Das Kind musste zur ärztlichen Behandlung in ein Krankenhaus in Jerusalem. Der Grenzposten verweigerte den Grenzübergang mit der Begründung, die Frau habe nicht die erforderlichen Papiere. Als sie eine Bescheinigung des Arztes vom Caritas Baby Hospital in Betlehem vorlegte, wurde diese ignoriert. Ich befand mich in einem Auto und wollte die Frau spontan mitnehmen. Aber mir wurde nicht einmal erlaubt, auszusteigen.

Ich habe es mir zur Aufgabe gemacht, Menschen hier in Deutschland über Palästina zu informieren. Ich habe Vorträge gehalten, mit polizeilicher Genehmigung auf der Königsallee in Düsseldorf Mahnwachen durchgeführt und einmal die Organisation übernommen, als eine Nakba-Ausstellung veranstaltet wurde – dabei bin ich immer wieder auf fehlendes Wissen bei der deutschen Bevölkerung gestoßen. Leider musste ich mir dann von meinen Brüdern, die noch in der Heimat lebten, sagen lassen, ich hätte ihnen Schwierigkeiten mit den israelischen Behörden verursacht. Sie arbeiteten als Touristenführer und man hatte ihnen gedroht, die Lizenz zu entziehen, wenn ich mich bei meiner Tätigkeit für Palästina hier in Deutschland „nicht mäßigen könnte“.

Die Plakate der Nakba-Ausstellung wurden zehn Tage nach der Eröffnung abrupt abgehängt, nachdem ein prominenter Vertreter der jüdischen Gemeinde in Düsseldorf deutliches Missfallen geäußert hatte. Nachdem ich Einspruch erhoben hatte und es schließlich zu einer Verhandlung beim Verwaltungsgericht Düsseldorf kam, wurde das Verfahren beim Abbruch der Ausstellung gerügt.

Nakba – wenn der Leichnam nicht zurück darf

Nach dem Tod seines Vaters, zu Beginn der ersten palästinensischen Revolution im Jahr 1935, übernahm der zehnjährige *Charlie Azar* neben seiner verwitweten Mutter die Verantwortung für seine Geschwister in Jaffa. Zu dieser Zeit stand Palästina unter britischem Mandat und litt unter jüdischer Einwanderung, die in Koordination mit den Mandatstruppen nach Palästina stattfand. Im Land herrschte Unruhe und Instabilität. Das Einkommen reichte kaum für die Grundbedürfnisse der jungen Familie.

Auf Vermittlung seiner Tante, der Kaiserswerther Diakonisse Schwester *Najla Mousa Sayegh*, der Direktorin der *Talitha-Kumi-Schule* in Jerusalem, die später nach Beit Jala verlegt wurde, besuchten *Charlie* und sein Bruder *Elias* die Syrische Waisenhauschule in Jerusalem (Schneller-Schule). Nachdem die englische Mandatsregierung die Schneller-Schule schloss, arbeitete *Charlie* in einer Batteriefabrik in der Nähe von Acre und später als Betreuer für junge Juden in einer Jugendstrafanstalt in Jaffa, bevor er nach Betlehem versetzt wurde.

Im Jahr der Nakba 1948 verlor er seine Arbeitsstelle. 1948 verloren auch seine Familie und seine Verwandten ihr Zuhause in Jaffa und wurden Flüchtlinge. *Charlie* reiste nach Deutschland und wurde 1956 in *Bethel* zum Diakon geweiht. Mit seiner Frau *Jihan Sayegh* hatte er zwei Söhne und zwei Töchter. Der ältere Sohn ist der derzeitige palästinensische Bischof der *Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land (ELCJHL)*, Sani Ibrahim Azar.

Von Bethel ging *Charlie Azar* nach Khirbet Kanafar im Libanon zurück und wurde Erziehungsleiter der *Johann-Ludwig-Schneller-Schule*. Auf Bitten der Evangelischen Kirche in Jordanien wurde *Azar* 1961 nach Betlehem gesandt und wurde Diakonenausbilder.

Anfang Mai 1981 reiste er nach Bethel, um an der Feier zum fünfundzwanzigsten Jahrestag seiner Weihe zum Diakon teilzunehmen. Die Zeremonie sollte am 24. Mai stattfinden, doch plötzlich verstarb er nach einer schweren Herzattacke am 11. Mai vor der Feier und fern der Heimat.

Sein Tod im Ausland war für die Familie, die Kirche, für seine Freunde in Deutschland und Palästina und für seine Zöglinge eine Tragödie. Ihr Schmerz wurde noch größer, weil die israelischen Behörden die Überführung seines Leichnams nach Betlehem nicht erlaubten und zwar mit dem Vorwand, er stamme nicht aus dem besetzten Gebiet. So konnte er nicht auf dem lutherischen Friedhof in der Nähe des *Rahel-Grabes* in Betlehem begraben werden und wurde in Bethel bestattet. Für *Charlie Azar*, am 21. August 1924 in Jaffa geboren und am 11. Mai 1981 in Bethel verstorben, fand in Beit Jala eine Trauerfeier ohne Leichnam statt.

Ignatz Bubis, ehemaliger Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, am 12. Januar 1927 in Breslau geboren und am 13. August 1999 in Frankfurt gestorben, ist dagegen auf eigenen Wunsch in Tel Aviv bestattet worden, obwohl er nicht aus Israel stammt.

von **DR. RAOUF AZAR**, Betlehem/Palästina



Jihan Sayegh Azar und Charlie Azar mit ihren vier Kindern

AUF EIN WORT

Die Katastrophe der Nakba

Einmal palästinensisch, immer palästinensisch

Auf die Frage, wer palästinensisch ist, gibt es im Prinzip nur eine Definition, die möglicherweise deutschen Ohren fremd vorkommt. Palästinenser:innen werden nach ihrer Abstammung und nicht nach ihrem Geburtsort oder ihrem Reisepass definiert. Die Antwort lautet also: **„Einmal palästinensisch, immer palästinensisch“**. Fragt man ein Schulkind in einem Flüchtlingslager in Jordanien, wo es herkommt, dann lautet die Antwort zum Beispiel **„aus Jaffa“**. Dabei kann es sein, dass der Urgroßvater aus Jaffa vertrieben wurde und die gesamte Familie seitdem niemals Jaffa betreten hat.

„Einmal palästinensisch, immer palästinensisch“ ist eine nicht weg zu denkende Identität und eine Identifikation mit der verlorenen Heimat Palästina. Diese emotionale Bindung und entschlossene Zugehörigkeit ist grenzenlos und umfasst ein „Volk ohne Heimat“, welches seit Jahrzehnten um seine Existenz und sein Selbstbestimmungsrecht betrogen, zeitweise beruhigt und seit vielen Jahren sich selbst überlassen wird. Getragen wird diese Identifikation mit der verlorenen Heimat durch eine gemeinsame individuelle und kollektive Erinnerung an Traumata und an eine Kraft aus dem gemeinsamen Leiden, die eigene Heimat verloren zu haben.

Diese Merkmale kennzeichnen alle Palästinenser:innen, ob im Gazastreifen, in den beengten Flüchtlingslagern, in der Negev-Wüste, in Israel, in den besetzten Gebieten, in den arabischen Ländern, in Europa, Amerika oder Australien, ob arm oder reich, ob gebildet oder weniger gebildet, trotz anderer Staatsangehörigkeiten. **„Einmal palästinensisch, immer palästinensisch“**, eben.

Das Leid der Vertreibung aus der Heimat, des Verlustes von Besitz und Status, der Tilgung aller Spuren arabischen Lebens und der erzwungenen Geduldeten-Existenz als Bürger:innen zweiter Klasse in Israel, als Flüchtling im Exil und in ewiger und bedrohter Lagerexistenz im Gazastreifen und auf der Westbank – von der Weltöffentlichkeit weithin ignoriert – bestimmen das Lebensgefühl der Palästinenser:innen. Der gemeinsame Nenner und die verbindende tragende Säule ist die Erinnerung an die NAKBA.

Die Staatsgründung Israels im Mai 1948 und der folgende Krieg wurden von den Palästinenser:innen im britischen Mandatsgebiet Palästina als NAKBA, als Katastrophe, bezeichnet. Das Jahr 1948 markiert die gewaltsame Flucht und Vertreibung von über 700.000 Menschen, die ihre Häuser, ihr Eigentum und ihre Heimat verloren haben. Zuflucht suchten sie in den benachbarten Ländern, in Ägypten, Syrien, Libanon und Jordanien. Knapp fünf Millionen Palästinenser:innen leben direkt oder indirekt unter israelischer Besatzung, die alle Bereiche ihres Lebens berührt. In Israel leben 1,7 Millionen Palästinenser:innen. Hinzu kommen weitere sieben Millionen palästinensische Flüchtlinge und Arbeitsmigrant:innen und ihre Nachfahren weltweit. Insbesondere in den ölreichen Ländern am Persischen Golf haben die Palästinenser:innen entscheidenden Einfluss auf den Aufbau und die Entwicklung ihrer Gastländer genommen.

Während Israel der SHOA, ebenfalls mit „Katastrophe“ zu übersetzen, gedenkt, sieht es die NAKBA als eine Bedrohung an. Das israelische Ministerium für Kultur verbietet den Gebrauch des Wortes NAKBA sogar in den arabischsprachigen Schulbüchern Israels. Im März 2011 verabschiedete die Knesset ein umstrittenes Gesetz, das zwar



Nazih Musharbash
Präsident der Deutsch-Palästinensischen
Gesellschaft e.V.

nicht Gedenkveranstaltungen an die NAKBA untersagt, aber die Möglichkeit bietet, deren Organisation zu bestrafen. Die israelische Armee versuchte, die Erinnerung an die NAKBA, an das Leid der Palästinenser zu unterbinden. Sie bewirkte damit aber eher das Gegenteil.

In Israel aufgetauchte Dokumentationen über jüdische Zeitzeug:innen, die ihre Mitwirkung bei der Tötung und Vertreibung von Palästinenser:innen aufarbeiten, werden in Israel verleugnet. Selbst israelische Historiker und Wissenschaftler:innen, die dieses israelische Verbrechen erforschen und dokumentieren, werden als **„Nestbeschmutzer“** verleumdete. Umso schwerwiegender ist es für palästinensische Regisseur:innen, wenn sie die NAKBA dokumentieren. Ihre Filme werden sofort als staatsfeindlich und antisemitisch verfolgt und auf Druck von Israel sogar vom Programm internationaler Anbieter abgesetzt. So geschehen mit der Netflix-Serie *Farha*, einem Familiendrama über die Nakba, die in Deutschland nicht gesehen werden kann.

Israel will die palästinensische Identität löschen. Aber vergebens! Die Liebe zur Herkunft wird von Generation zu Generation weitergegeben.

NAZIH MUSHARBASH, DPG-Präsident

Auch in der vierten Generation: palästinensisch



Alia Tukan, ehemalige Königin von Jordanien



Rania Faisal Yasin, Königin von Jordanien



Samir Rifai, mehrfacher Ministerpräsident Jordaniens



Christopher Thomas Sununu, Gouverneur New Hampshire, USA



Rashida Tlaib, demokratische Kongress-
abgeordnete, USA



Abdelnasser Rashid, demokratischer Kongress-
abgeordneter, USA



Ruwa Romman, demokratische Kongress-
abgeordnete, USA



Prof. Dr. Edward Said, Literaturwissenschaftler, USA



Prof. Dr. Henry Diab, Politik-
und Literaturwissenschaftler, Schweden



Dara Sallam, Filmmacherin, Jordanien



Nadine Foty, Autorin, USA

Knapp sieben Millionen Palästinenser:innen leben außerhalb ihrer Heimat, zerstreut überall in der Welt.



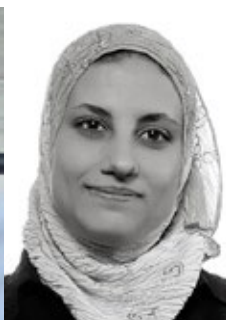
Prof. Dr. Ghada Karmih, Literaturwissenschaftlerin, Autorin, GB



Claudia Kattan, Wirtschaftswissenschaftlerin, Honduras



Dr. Nikolaus Kharoufeh, Chirurg, Chile



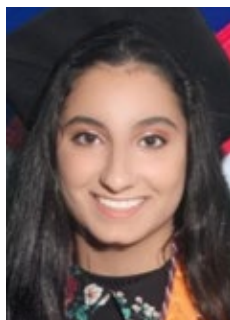
Soha Alqeshawi, ORION Software-Ingenieurin, USA



Hala Alyan, Traumata-Spezialistin, Autorin, USA



Muhammad Almaghribi, Lehrer der späteren Herrscher von Kuwait, Kuwait



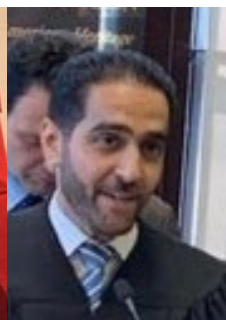
Dania Ahmad, jüngste Studentin der internationalen Politik, USA



Sarah Abu Rashid, Harvard University beste Studentin 2022, USA



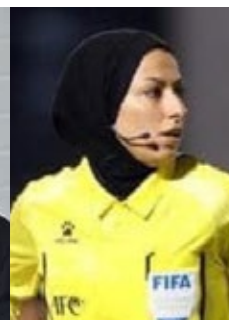
Ismaa Abdelhamid, Moderatorin und Politikerin, Dänemark



Abdelhamid Abdelhadi, Richter in New Jersey, USA



Khalid Shomali, Bauingenieur, Lyriker, Deutschland



Hubba Sádiah, erste palästinensische FIFA-Schiedsrichterin für Australien und Neuseeland

DPG KRITISIERT ENTSCHEIDUNG DES DEUTSCHEN EVANGELISCHEN KIRCHENTAGES ZUM VERBOT DER NAKBA-AUSSTELLUNG

Das Präsidium der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V. kritisiert die unbegründete Entscheidung des Deutschen Evangelischen Kirchentages (DEKT), die NAKBA-Ausstellung im 75. NAKBA-Gedenkjahr zu verbieten. 2010 konnte die Ausstellung des Vereins Flüchtlingskinder im Libanon auf dem Ökumenischen und seit 2013 auf allen Evangelischen Kirchentagen unbeanstandet gezeigt werden. Diese willkürliche, möglicherweise auf Druck zurückzuführende Entscheidung, widerspricht den eigenen Grundsätzen, Themen offen zu diskutieren und die Meinungsfreiheit zuzulassen. Der DEKT wird aufgefordert, eine Begründung für die Ablehnung bekannt zu geben und seine für die DPG nicht nachvollziehbare Entscheidung zu revidieren.

DIE DPG TRAUERT UM DR. CLEMENS MESSERSCHMID



Clemens Messerschmid, Jahrgang 1964, hat als Geologie und Hydrogeologie in Palästina gearbeitet, meist im Rahmen von internationalen Projekten. Darüber hinaus hat er durch seine zahlreichen Vorträge Einblick in die ungerechte Wassersituation in den besetzten palästinensischen Gebieten gegeben und Politik und Menschenrechtsorganisationen diesbezüglich beraten. Er stand unbeirrt und aufrichtig für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel. Er starb am 8. Februar 2023 in Palästina.

WAS DIE NEUE ISRAELISCHE REGIERUNG GEGEN DIE PALÄSTINENSER:INNEN PLANT

Israels neue Regierung erklärt zum ersten Mal schriftlich in einer Regierungserklärung: „Das jüdische Volk hat ein exklusives und unveräußerliches Recht auf alle Teile des Landes Israel“. Wobei das Land [Erez Israel] immer noch nicht definiert ist.

Im ersten Absatz ihrer Koalitionsvereinbarung verpflichten sich die Parteien, die **Annexion des Westjordanlandes und der C-Gebiete** [Judäa und Samaria] voranzubringen.

Die Regierung will die **Besiedlung aller Teile Israels** durchführen und entwickeln „in Galiläa, in der Negev-Wüste, auf den Golanhöhen und in Judäa und Samaria [Westjordanland].“

Die rechtsextremen und ultrareligiösen Parteien fordern einen **Transfer der Palästinenser:innen** aus dem Westjordanland und aus Israel, zum Beispiel nach Europa. Sicherheitsminister Ben Gvir, auch für die Grenzpolizei zuständig, spricht sich offen für die **Einführung der Todesstrafe für palästinensische Gefangene** aus und wird keinen Soldaten oder bewaffneten Siedler, der einen Palästinenser erschießt, strafrechtlich verfolgen lassen.

Ben Gvir will zudem ein Emigrationsministerium einrichten und propagiert schriftlich und verbal einen **totalen Krieg** gegen Israels Feinde.

Finanzminister Smotrich sagte zu einem arabischen Abgeordneten, ihre Präsenz in der Knesset sei „ein historischer Fehler des ersten Ministerpräsidenten Israels, David Ben Gurion.“

Dieser habe seinen **Job nicht vollendet, sie hinauszuerwerfen**. Kaum im Amt, entzieht Smotrich mehreren palästinensischen Diplomaten der Palästinensischen Autonomiebehörde bei ihrer Rückkehr aus Brasilien, unter anderem dem palästinensischen Innenminister, den **VIP-Passierschein für Reisen ins Ausland**.

Außerdem ordnet er an, dass der Palästinensischen Autonomiebehörde **zustehende Gelder** nicht ausgezahlt werden. Stattdessen soll das Geld als Entschädigung für israelische Familien getöteter Soldat:innen verwendet werden.

Damit folgt er der Festlegung der Regierung, die **Palästinensische Autonomiebehörde ab sofort als Staatsfeind** zu betrachten, der mit allen Mitteln bekämpft werden muss. Weitere Zahlungen werde es nicht geben und zwar als Strafmaßnahme, weil die UN-Vollversammlung den Internationalen Strafgerichtshof beauftragt hat, die israelische Besetzung des Westjordanlandes zu prüfen.

Knesset-Abgeordnete und ehemalige Minister der Likud-Partei drohten den Palästinenser:innen in Israel mit einer neuen **Nakba**, nur weil palästinensische Student:innen auf dem Campus isra-

elischer Universitäten palästinensische Flaggen gehisst hatten.

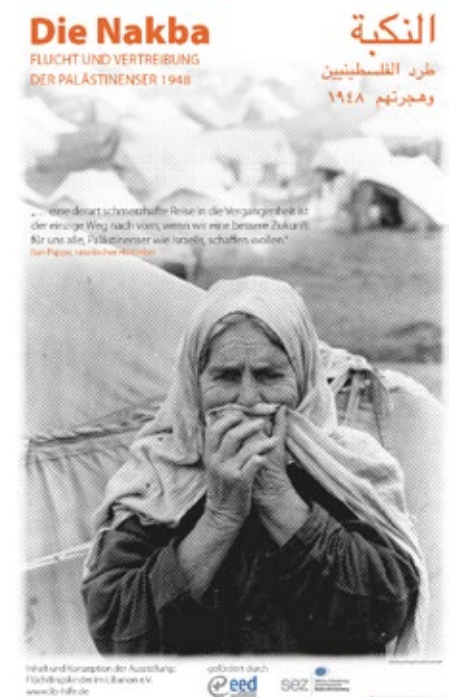
Israels Sicherheitskabinett beschließt „neue Maßnahmen zur Terrorbekämpfung“: Israelische Bürger:innen, vor allem Siedler:innen sollen mit Schusswaffen ausgestattet werden, Angehörige und Nachbarn von „Attentätern“ mit Repressalien bestraft sowie Wohnungen und Häuser von Täter:innen, versiegelt und dann zerstört werden.

Dazu der Vortrag
„Die korrupteste israelische Regierung“
von **NAZH MUSHARBASH**,
DPG-Präsident abrufbar unter
<https://www.youtube.com/watch?v=DvHmqnplBQY>



NAKBA-AUSSTELLUNG ZEIGEN

Eine einfache Art, die Nakba-Ausstellung zu zeigen, ist es, sie z. B. samstags in der Fußgängerzone zu präsentieren. Das Palästina-Komitee Stuttgart macht das regelmäßig mit Erfolg auf dem Schlossplatz in Stuttgart. Einfach einen 4 x 4 Meter großen Pavillon aufstellen und die Ausstellung aufhängen: je 4 Transparente auf drei Seiten, vorne an der offenen Seite das Titeltransparent oben. Ein Transparent (Tafel 12 oder 13) kann man weglassen.



Auf eine Ausleihgebühr wird verzichtet. Die Transportkosten betragen insgesamt rund 30 Euro (je 16, 49 für den Hin- und Rücktransport mit DHL). Hinzu kommt noch die verpflichtende Abnahme von mindestens 25 Nakba-Katalogen (3 € pro Stück + Versandkosten, z.Z. 4,95 € mit Hermes), da die Ausstellung ohne die Kataloge nicht im Gedächtnis bleibt!

KONTAKT: irumpf@lib-hilfe.de

Neuerscheinung DER SIEGESZUG DES NEOZIONISMUS. Israel im neuen Millennium

Promedia 2023, ca. 240
S. 14,8 x 21, brosch.
Von **TAMAR AMAR-
DAHL**, Mitglied im
DPG-Kuratorium



[] Ausgehend von den Folgen der Zweiten Intifada (2000–2005) geht es in diesem Buch um drei Schlüsselbegriffe: Okkupation, Zivilmilitarismus und Neozionismus. Nur mit diesen, so Tamar Amar-Dahl, wird ein fundiertes Verständnis der israelischen Besatzungsmacht zu Beginn des neuen Millenniums verständlich.

Die Jahrtausendwende markierte eine Zäsur: Israels politische Entscheidung, den bewaffneten Volksaufstand der Palästinenser gegen die Besatzer als Terrorismus zu bezeichnen und niederzuschlagen, diente zur Legitimation des Besatzungsregimes und legte einen immer vehementeren Zivilmilitarismus der israelischen Gesellschaft offen. Verheerende Kriege folgten, und der einst in der israelischen Gesellschaft stark vorhandene Linkszionismus verlor massiv an Einfluss. Mit ihm verschwand zugleich die alte Friedensideologie. In der tiefsten Sinnkrise des zionistischen Israel verschoben sich die politischen Verhältnisse, sodass rechte Kräfte salonfähig wurden. Die Wiederwahl von Benjamin Netanjahu 2009 und 2022 markiert den Siegeszug der Neozionisten.

Mit ideologiekritischem Ansatz fragt die israelisch-deutsche Historikerin: Wie verhält sich die Okkupation zum Zivilmilitarismus (sprich zum gesellschaftlichen Konsens für Israels Kriegspolitik)? Und inwieweit haben diese beiden israelischen Phänomene den Neozionismus genährt? Erleben wir mit der seit Jahren andauernden Regierungskrise eine Art Implosion des politischen Systems? Oder stabilisiert sich ein rechts- bzw. neozionistisches Israel?

Tamar Amar-Dahl, 1968 in Nahariya (Israel) geboren, ist Zeithistorikerin und beschäftigt sich mit Israels Geschichte und Politik. Sie studierte Geschichte und Philosophie in Tel Aviv und Hamburg. Amar-Dahl lebt und arbeitet in Berlin.

EINLADUNG ZUR DPG-STUDENTENTAGUNG 2023

75 Jahre Nakba Freitag, 9. bis Sonntag, 11. Juni 2023

IM KOPTISCH-ORTHODOXEN KLOSTER – HÖXTER-BRENKHAUSEN

Liebes DPG-Mitglied, liebe Leserin, lieber Leser,

hiermit laden wir Sie zur Teilnahme an unserer Studententagung 2023 ein und bitten Sie um umgehende Anmeldung, da die Unterbringungskapazitäten zu dieser Zeit wegen der in Höxter stattfindenden Landesgartenschau sehr begrenzt sein werden.

Freitag, 09.06.2023

14:00 Uhr Eintreffen und Check in
16:00 Uhr **DPG-Jahreshauptversammlung und Wahlen** für DPG-Mitglieder
(Einladung folgt)
Gäste sind willkommen

18:15 Uhr Abendessen
19:30 Uhr **Begrüßung und Einführung**
NAZIH MUSHARBASH, DPG-Präsident

Vortrag

Home Away from Home (Ausstellung)
URSULA MINDERMANN, DPG-Vizepräsidentin

Samstag, 10.06.2023

08:00 Uhr Frühstück
09:00 Uhr **Vortrag und Diskussion**
Der Narrativen-Krieg und die latenten Kräfte
DR. MUSTAFA BARGOUTH, Ramallah/Palästina

10:30 Uhr Kaffeepause
11:15 Uhr **Vortrag und Diskussion**
Die aktuelle israelische Politik und die Palästinafrage
GIDEON LEVY, Jerusalem/Israel

13:00 Uhr Mittagessen
14:30 Uhr Kaffee – Kuchen

ANMELDUNG:

Teilnahme mit Unterbringung beträgt 185,00 EUR pro Person.
Bei Interesse bitte unseren Schatzmeister Dr. Ribhi Yousef, unter Schatzmeister@dpg-netz.de, der Ihnen die erforderlichen Hinweise gibt, kontaktieren.
Bei Anmeldungen ohne Unterbringung beträgt der Teilnehmerbeitrag 110,00 EUR.

15:30 Uhr Vortrag und Diskussion

Apartheid und Antisemitismus
PROF. DR. MOSHE ZUCKERMANN, Tel Aviv

18:00 Uhr Abendessen

19:30 Uhr Vortrag und Diskussion

Jugend in Palästina
DR. VIOLA RAHEB, Wien
Musikdarbietung
DR. VIOLA RAHEB und **MARWAN ABADO**

Sonntag, 11.06.2023

08:00 Uhr Frühstück

09:00 Uhr **Vortrag und Diskussion**
Palästinensisches Trauma und Identität
DR. SARAH EL BULBEISI, Beirut

10:30 Uhr Kaffeepause
11:00 Uhr **Vortrag und Diskussion**
Missachtung des Völkerrechts
PROF. DR. NORMAN PAECH, Hamburg

12:00 Uhr **Filmvorführung zur Nakba**
Der Große Bücherraub
NAZIH MUSHARBASH, DPG-Präsident

13:00 Uhr Mittagessen
15:00 Uhr Abreise



Mustafa
Bargouthi



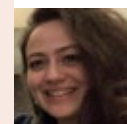
Moshe
Zuckermann



Ursula
Mindermann



Gideon Levy



Sarah
El Bulbeisi



Norman Paech



Viola Raheb und Marwan Abado

AUSSTELLUNG HOME AWAY FROM HOME:

Am 15. Juni 2023 ist die Eröffnung der Ausstellung in der VHS Osnabrück in Kooperation mit den DPG Regionalgruppen Osnabrück und Münster

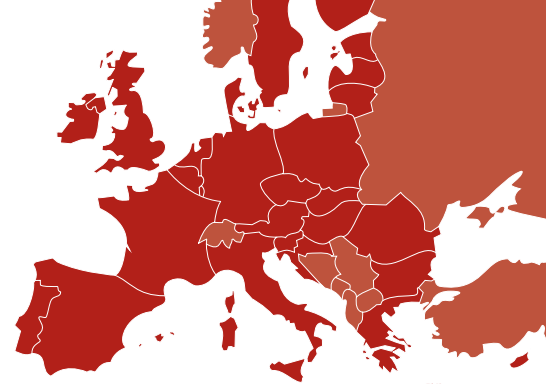
[] Diese Fotoausstellung zeigt Porträts und Gedanken verschiedener Palästinenser:innen, die in den USA, Schottland, Deutschland und dem Libanon leben. Kuratiert wurde die Ausstellung vom Network of Photographers for Palestine (www.nppalestine.org).

„Ich habe drei Heimaten, wo ich Wurzeln habe: Palästina, Jordanien und Deutschland“, sagt Nazih Musharbash, der aus Palästina kommend in Bad Iburg eine neue Heimat fand. „Es gibt keine palästinensische Familie, die keine Verwandtschaft im Ausland hat. Diese Zerstreuung der Bevölkerung aus Palästina in die Welt vergleiche ich mit dem jüdischen Exodus“.

Die Ausstellung besteht aus acht A2-Bildern von Najib Joe Hakim, zwölf Collagen in A3 von Craig MacLean und sechs Collagen und zwölf Bilder in A2 von Ursula Mindermann.



Die Ausstellung „Graffiti in Bethlehem“ wird in der Anne-Frank-Schule in Gütersloh gezeigt. Am 8. Mai 2023 ist die Eröffnung mit einem Vortrag von Ursula Mindermann.



Deutschland, EU und Nahost

DEUTSCHLAND STIMMT FÜRS VÖLKERRECHT

【1】 Deutschland hat Mitte Dezember 2022 Resolutionen der UN-Generalversammlung zugunsten der Palästinenser:innen zugestimmt. Die Resolution A/RES/77/187 über die Souveränität der Palästinenser:innen in den besetzten Gebieten einschließlich Ostjerusalems und die Souveränität der arabischen Bevölkerung im besetzten syrischen Golan über ihre natürlichen Ressourcen sowie der Resolution A/RES/77/208 die das Recht auf Selbstbestimmung der Palästinenser:innen unterstreicht, wurden in der UNO mit großer Mehrheit, erstere mit 159 und die zweite mit 167 Ja-Stimmen, angenommen.

ERSTES WIRTSCHAFTSFORUM EU-PALÄSTINA – VEREINBARUNGEN ÜBER 80 MILLIONEN EURO

【1】 Die EU, die Palästinensische Autonomiebehörde sowie Wirtschafts- und Finanzleute haben auf dem ersten Wirtschaftsforum EU-Palästina Investitionsvereinbarungen im Wert von über 80 Millionen Euro unterzeichnet.

Hauptziel des Wirtschaftsforums ist es, private und institutionelle Investoren für die palästinensische Wirtschaft zu mobilisieren, indem im Rahmen der EU-Palästina-Investitionsplattform ein Weg für einen öffentlich-privaten Dialog geschaffen wird.

„Mit der Gründung des EU-Palästina Business Forums wollen wir unser Engagement für die Steigerung der Attraktivität Palästinas für lokale, europäische und andere internationale Investoren festigen, erneuern und verstärken,“ sagte der Vertreter der Europäischen Union, Sven Kühn von Burgsdorff auf dem Forum. „Die Zukunft unserer Wirtschaft hängt von einem dynamischen Privatsektor und kreativen Partnerschaften mit europäischen und internationalen Unternehmen ab,“ betonte der palästinensische Premierminister Dr. Mohammad Shtayyeh.

Am Rande des Treffens veröffentlichte die EU außerdem die zweite Ausgabe des EU-Palästina-Investitionsberichts, in dem alle von der EU, ihren Mitgliedstaaten und den europäischen Finanzinstitutionen als „Team Europa“ in Palästina geförderten Investitionsprojekte aufgeführt werden. Der Betrag aller laufenden Team-Europe-Investitionen beläuft sich auf insgesamt 1,82 Milliarden Euro, wovon über 60 % erst in den letzten zwei Jahren entstanden. Darüber hinaus hat die palästinensi-

sche Agentur für Investitionsförderung und Gewerbegebiete die zweite Ausgabe des Fahrplans für Investitionsmöglichkeiten herausgegeben, in dem 50 bankfähige Projekte aufgeführt sind, die für gemeinsame Investitionen in Frage kommen.

EU „BEDAUERT“ DIE ZERSTÖRUNG DER SFAI-SCHULE IN MASAFA YATTA

【1】 Die Europäische Union „bedauert die Zerstörung der von Gebern finanzierten Sfaï-Schule in Masafer Yatta in den besetzten palästinensischen Gebieten durch die israelischen Verteidigungskräfte am Mittwoch, den 23. November“. Sie erinnerte daran, „dass Abrisse nach internationalem Recht rechtswidrig sind“ und dass das Recht der Kinder auf Bildung respektiert werden müsse. „Die EU fordert Israel auf, alle Abrisse und Räumungen einzustellen, die das Leid der palästinensischen Bevölkerung nur noch verschlimmern und die bereits angespannte Lage weiter verschärfen.“

BÜRGERMEISTERIN VON BARCELONA STOPPT BEZIEHUNGEN ZU ISRAEL

【1】 Die Bürgermeisterin von Barcelona, Ada Colau, hat die Beziehungen ihrer Stadt zu Israel abgebrochen bis die Rechte der Palästinenser:innen respektiert werden. Sie beendete eine 25-jährige Städtepartnerschaft mit Tel Aviv.

In einem Brief an den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu zitierte sie eine Reihe israelischer Maßnahmen, darunter die 55-jährige militärische Besetzung des Westjordanlandes, die Annexion Ostjerusalems und den Siedlungsbau. „Als Bürgermeisterin von Barcelona, einer Stadt am Mittelmeer und Verfechterin der Menschenrechte, kann ich nicht gleichgültig gegenüber der systematischen Verletzung der Menschenrechte sein.“ Dutzende lokale Gruppen und tausende Bürger:innen in Barcelona hatten Druck gemacht, die Beziehungen zu Apartheid-Israel einzustellen.

EU VERWENDET APARTHEID-BEGRIFF NICHT

【1】 Die EU-Kommission will den Begriff Apartheid im Zusammenhang mit dem Staat Israel nicht

verwenden. Dies betonte Kommissionsvizepräsident Josep Borrell im Januar 2023 auf eine schriftliche Anfrage von Abgeordneten. Die Kommission verwende die nicht rechtsverbindliche Arbeitsdefinition des Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA-Definition). Die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen, gehöre zu den Beispielen, die in der IHRA-Definition aufgeführt seien. Die EU setze sich weiterhin für eine Zwei-staatenlösung auf der Grundlage des Völkerrechts, der Linien von 1967 und eines gleichwertigen Landtauschs ein.

DEUTSCHLAND GEGEN NAKBA-GEDENKEN IN DER UNO

【1】 Deutschland, Dänemark, Griechenland, Italien, Ungarn u.a. haben gegen den von islamischen Staaten eingebrachten UN-Resolutionsentwurf, in diesem Jahr an den 75. Jahrestag der Nakba erinnern, gestimmt. Dennoch beschloss die UN-Vollversammlung in New York am 1. Dezember 2022 mit 90 Ja-Stimmen bei 30 Gegenstimmen eine »hochrangige Veranstaltung im Sitzungssaal der Vollversammlung« im Mai 2023.

BUND-LÄNDER-ARBEITSGRUPPE WILL AUFGRUND UMSTRITTENER ARBEITSDEFINITION ANTISEMITISMUS HANDELN

【1】 Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Handlungsbedarf aufgrund zunehmender antisemitischer und antiisraelischer Hetze vor dem Hintergrund des Nahost-Konflikts“ vom 2. September 2022 stützt sich in ihrem Abschlussbericht auf die umstrittene Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). „Aus Sicht der BLAG sollten seitens des Bundes und der Länder alle rechtlichen Möglichkeiten geprüft und ausgeschöpft werden, um Äußerungen, Symbole, Motive (beispielsweise Abbildungen auf Landkarten, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen) und Aufrufe zu verbieten, die gegen die Sicherheit oder gar den Bestand des Staates Israel gerichtet sind (beispielsweise „From the River to the Sea, Palestine Will Be Free“). – In Israel hat der neue Ministerpräsident Benjamin Netanjahu erklärt: „Das jüdische Volk hat ein ausschließliches und unanfechtbares Recht auf alle Gebiete des Landes Israel“. Dazu hat sich die Bund-Länder-Arbeitsgruppe bisher nicht geäußert.

Neue israelische Regierung – Gefahr für Israel und für Palästina

Die Politik der neuen israelischen Regierung ist ohne Zweifel eine Gefahr für die Demokratie und den sozialen Frieden in Israel. Sie ist eine noch größere Gefahr und Bedrohung für die in Israel lebenden Palästinenser:innen und vor allem für die Zukunft der palästinensischen Bevölkerung im besetzten Palästina (Westbank und Gazastreifen). Nach den Koalitionsverträgen soll die Besatzung des Westjordanlandes anders organisiert werden, was de facto einer Annexion entspricht. Israel beansprucht das ganze Land ausschließlich für seine jüdische Bevölkerung, leugnet ein palästinensisches Selbstbestimmungsrecht und lehnt die Zwei-Staaten-Lösung ab. Das Leben der palästinensischen Bevölkerung wird dadurch massiv erschwert, jeglicher Widerstand mit Gewalt unterdrückt und die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) zur Bedeutungslosigkeit geschwächt. Benjamin Netanjahus neue Koalition mit religiösen Extremist:innen, Fundamentalist:innen und ausgewiesenen Rassist:innen will innenpolitisch die Justiz schwächen. Für Netanjahu und seine Minister:innen sind die Regierungsämter von besonderer persönlicher Bedeutung, weil sie dadurch Immunität erlangen und sich so vor Gerichtsurteilen schützen können. Der prominente israelische Historiker Tom Segev warnt vor der neuen Koalitionsregierung. Diese sei **„gefährlicher als frühere Allianzen“**. Ihm bereite besonders der antiarabische Nationalismus vieler seiner Landsleute Sorgen. Für den, selbst in Israel als Terrorist und Rassist bekannten streng-religiösen Sicherheitsminister Ben Gvir stehen das Prinzip eines jüdischen Staates und die religiösen Gebote **über** den Werten des Friedens, des internationalen Rechts und der westlichen Demokratie. Fernziel seiner Partei ist es, einen Staat auf Grundlage der Halacha, nur nach dem religiösen Gesetzeskodex und die Judaisierung der besetzten Gebiete zu schaffen. Ständig wiederholt er seine Drohung: **„Ich bin der Herr dieses Landes.“**

Vermeintlich finden in den Gassen von Flüchtlingslagern und mitten in palästinensischen Städten militärische Übergriffe der israelischen Armeeeinheiten statt. Diese Razzien – begleitet von Flugzeugen und schwerbewaffneten israelischen Soldat:innen – würden durchgeführt, um in Verdacht geratene Palästinenser:innen zu verhaften. Zur Unzufriedenheit vieler Palästinenser:innen ist die PA nach einem seit 1990 gültigen Sicherheitsabkommen für die Auslieferung und Verhaftung von Gesuchten als „Handlanger der Besatzer“ zuständig. Doch die unverhältnismäßige Gewalt und Machtdemonstration der israelischen Armee sowie die gezielten Tötungen (35 Tote im Januar 2023, darunter acht Kinder) führen immer wieder zum bewaffneten Widerstand von unzufriedenen Jugendlichen. Das Blutvergießen schürt Befürchtungen vor einer weiteren Eskalation. Beobachter:innen sehen in den zunehmenden Unruhen und dem merklich größer gewordenen Widerstand der „rebellierenden Jugendlichen“ gegen die aggressiven jüdischen bewaffneten Siedler und die Präsenz der israelischen Streitkräfte einen Anlass für eine Militäraktion. Israel würde einen solchen Militärschlag mit dem Recht auf Selbstverteidigung rechtfertigen und öffentlichkeitswirksam begründen. Und wie immer würde der Westen Israel beipflichten und mit Kritik sparen.

Wahrlich, diese neue israelische Regierung ist alles andere als friedensstauend.

NAZIH MUSHARBASH

Deutsche Nahostpolitik in der UNO auf Schlingerkurs

In der UNO stimmte Deutschland am 30. November 2022 dagegen, dass der Internationale Gerichtshof die „rechtlichen Konsequenzen“ ermittelt, die sich „aus der fortwährenden Verletzung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung“ ergeben.

Die israelische Regierung bezeichnete den UN-Beschluss als antisemitisch und sperrte als Antwort der Palästinensischen „Autonomie“-Behörde (PA) 37 Millionen Euro Steuereinnahmen, ein Verstoß gegen das Pariser Protokoll von 1994. Die Palästinenser werden bestraft für einen Beschluss der UN-Vollversammlung – schwer nachvollziehbar. Nun verurteilte die UNO die Sperrung dieser Gelder, diesmal stimmte Deutschland für eine Verurteilung Israels. Bereits im Jahr 1955 hatte David Ben-Gurion die UNO als ein Nichts, als ein **„Um Shmum“** bezeichnet, ein Begriff, der in Israel heute als Schimpfwort verwendet wird.

Das Stimmverhalten Deutschlands in der UNO ist nicht konsistent. 2012 erkannte die UN-Vollversammlung mit 138 gegen neun Stimmen Palästina als Staat an und gab ihm einen Beobachterstatus. Deutschland enthielt sich der Stimme. Zuvor hatten 32 ehemalige deutsche Botschafter Bundeskanzlerin Angela Merkel in einem Memorandum vergeblich ersucht, Palästina als Staat anzuerkennen, dieser Schritt sei die selbstverständliche Konsequenz, wenn Deutschland für eine Zwei-Staaten-**„Lösung“** eintrete. 2011 hatte Deutschland sogar gegen die Aufnahme Palästinas in die UNESCO gestimmt.

Der Internationale Strafgerichtshof will untersuchen, ob Israel und die Hamas 2014 während des Gaza-Krieges Kriegsverbrechen begangen haben. Es war ein langes Tauziehen innerhalb des IstGH, ob Ermittlungen eingeleitet werden sollen. Die Bundesregierung sprach sich in einer Stellungnahme als *amicus curiae* (Freund des Gerichts) dagegen aus mit der Begründung, es fehle Palästina die Staatlichkeit. Schließlich rang sich der IstGH gegen die Empfehlungen Deutschlands und anderer Staaten dazu durch, Ermittlungen aufzunehmen.

Als sich Deutschland um einen Sitz im UN-Sicherheitsrat bewarb, sagte UN-Botschafter Christoph Heusgen, zuvor Angela Merkels außenpolitischer Berater im Bundeskanzleramt, Deutschland werde sich für die Einhaltung der Menschenrechte und des Völkerrechts einsetzen. Als Heusgen einmal in einer Abstimmung anders votierte, als es Israel passte, setzte ihn das Simon-Wiesenthal-Center auf die Liste der zehn schlimmsten Antisemiten. Inzwischen hat man dort die Kriterien erweitert: die zehn schlimmsten antisemitischen oder israelfeindlichen Personen bzw. Institutionen. Die deutsche Außenpolitik macht sich in vielen Ländern der Welt für die Menschenrechte stark, nur gegenüber Israel zeigt sie ein beredtes Schweigen. Wie sie wohl mit der nächsten Abstimmung umgeht, die die Rechte der Palästinenser:innen schützen will?

MARTIN BREIDERT

Nakba – Vertreibung dauert bis heute an

Die Vereinten Nationen werden in diesem Jahr zum 75. Gedenktag der palästinensischen Nakba, der Vertreibung von zwischen 750.000 und 800.000 Palästinenser:innen, offiziell gedenken. 90 Länder unterstützten das Anliegen Ende November 2022 in der UN-Vollversammlung, Deutschland und 29 andere waren dagegen. Der israelische UN-Botschafter Gilad Erdan bezeichnete den Beschluss als „**beschämend**“. Durch ihn werde der Nahostkonflikt zementiert.

Entgegen der Behauptung israelischer Regierungen, die versuchen, die Vertreibung zu verharmlosen und behaupten, die sich 1948 im Krieg mit dem gerade gegründeten Staat Israel befindlichen arabischen Staaten hätten die palästinensischen Araber:innen zur Flucht aufgerufen oder diese ihre Häuser aus eigenen Stücken verlassen, haben israelische Historiker:innen unter anderem auf der Grundlage von UN-Dokumenten minutiös nachgewiesen: Vertreibungen sind mindestens Monate vor dem von Israelis als „**Unabhängigkeitskrieg**“ und von Palästinenser:innen als „**Katastrophe**“ bezeichneten Krieg von 1948 geplant worden. Schon der Gründungsvater des Zionismus Theodor Herzl hatte freimütig bereits Ende des 19. Jahrhunderts bekannt: „**Die arme Bevölkerung trachten wir unbemerkt über die Grenze zu schaffen, indem wir ihr in den Durchzugsländern Arbeit verschaffen, aber in unserem eigenen Land jederlei Arbeit verweigern.**“

Unbemerkt sollte die Vertreibung allerdings nicht von statten gehen – zu groß war die Weigerung der palästinensischen Bevölkerung, ihre Heimat zu verlassen. Wie sie vorbereitet wurde, beschreibt der israelische Historiker Ilan Pappé in seinem Buch „Die ethnische Säuberung Palästinas“: „**Die Pläne gaben detailliert die Einsatzmethoden zur Zwangsräumung vor: groß angelegte Einschüchterungen, Belagerung und Beschuss von Dörfern und Wohngebieten; Niederbrennen der Häuser mit allem Hab und Gut; Vertreibung; Abriss und schließlich Verminung der Trümmer, um eine Rückkehr der vertriebenen Bewohner*innen zu verhindern. Jede Einheit erhielt eine Liste mit Dörfern und Stadtvierteln, den Zielen dieses Masterplans. Er trug den Codenamen Plan D (Dalet in Hebräisch) [...].**“ Und weiter: „**Als es vorbei war, waren mehr als die Hälfte der ursprünglichen Bevölkerung Palästinas, annähernd 800.000 Menschen, entwurzelt, 531 Dörfer zerstört und elf Stadtteile entvölkert. Der am 10. März beschlossene Plan und vor allem seine systematische Umsetzung in den folgenden Monaten war eindeutig ein Fall**

ethnischer Säuberung [...].“ Der Behauptung, die Vertriebenen hätten ihre Häuser auf Geheiß arabischer Regierungen verlassen, hält Pappé entgegen, der Einmarsch arabischer Armeen habe vielmehr den Versuch dargestellt, die bereits laufende „ethnische Säuberung“ zu stoppen.

EINVERLEIBUNG PALÄSTINENSISCHER LÄNDEREIEN NACH 1948

Die Einverleibung palästinensischer Ländereien setzte sich nach 1948 fort. Geschäfte, landwirtschaftliche Betriebe, Wohnhäuser, Felder und ganze Ortschaften wurden übernommen. 2009 besaßen die in Gebieten, die laut UN-Teilungsplan dem Staat Israel zugedacht waren, lebenden Palästinenser:innen nur noch 3,5 % des Landes, obwohl sie 20 % der Bevölkerung ausmachen. Nach der Besetzung des Gazastreifens, der Westbank, Ostjerusalems, der syrischen Golanhöhen und der ägyptischen Sinaihalbinsel im Jahr 1967 intensivierte der israelische Staat, der sich von Anbeginn an weigerte, seine Grenzen zu definieren, seine Politik der Landnahme. Schon im Juni 1967 wurde auf dem Golan die erste rechtswidrige Siedlung gebaut – begründet mit israelischen „Sicherheitsinteressen“. Aus demographischen Erwägungen – die jüdische Mehrheit in Israel sollte unter allen Bedingungen aufrechterhalten werden – lehnte man eine Annexion zwar ab. Zugleich aber förderten alle israelischen Regierungen den Siedlungsbau in den besetzten Gebieten, vertrieben die ansässige Bevölkerung und legten so den Grundstein für eine Annexion.

„**Aus militärischen Gründen**“, wegen „**Abwesenheit der Besitzer**“ oder weil es angeblich „**niemandem gehörte**“, wurde Land zu Staatsbesitz erklärt und der Siedlerbewegung übergeben. Baugenehmigungen werden Palästinenser:innen

konsequent verweigert und gezwungenermaßen ohne Genehmigung gebaute oder erweiterte Häuser abgerissen. Die seit Juni 2002 gebaute Mauer, im israelischen Jargon „**Sperranlage**“, die offiziell vor Attentätern schützen soll, ist tatsächlich ein Großprojekt zur weiteren Beschlagnahme palästinensischen Landes, auf dem sie zu 85 % ihrer Länge verläuft.

OSTJERUSALEM: IMMER MEHR SIEDLERWOHNUNGEN MITTEN IM PALÄSTINENSISCHEN WOHNGEBIET

Einen besonderen Fokus legten israelische Regierung und Siedlerbewegung von Anbeginn an auf Ostjerusalem, das mit dem „Jerusalemgesetz“ 1980 annektiert und zur „**ewigen Hauptstadt Israels**“ erklärt wurde, obwohl die internationale Gemeinschaft es größtenteils bis heute als Hauptstadt eines palästinensischen Staates anerkennt. Die Stadt ist inzwischen von einem Ring von Siedlungen komplett umschlossen, immer mehr Siedlerwohnungen und -häuser befinden sich mitten in palästinensischem Wohngebiet. Die Bevölkerung wird mit Waffengewalt, Tränengas, Einschüchterungen, willkürlichen Verhaftungen und Häuserdurchsuchungen terrorisiert. Ein Netz von Bestimmungen soll Entwicklungsmöglichkeiten für Palästinenser:innen in der Stadt verhindern und ihr Aufenthaltsrecht oder das ihrer Kinder entziehen. Einher mit den repressiven Bestimmungen gehen immer wiederkehrende Versuche, den Status quo des Haram ash-Sharifs/Tempelbergs zu verschieben, wo bislang nur Muslim:innen beten dürfen – zuletzt durch den neuen, in der Vergangenheit wegen rassistischer Hetze und Unterstützung einer Terrororganisation verurteilten israelischen Polizeiminister Itamar Ben-Gvir, der nur wenige Tage nach seinem Amtsantritt das Areal besuchte und Gebetsrechte für Jüd:innen forderte.

FOTO // ROEM



Transparent militanter Siedler:innen in Hebron: Hebron – das jüdische Volk kehrt heim



FOTO // UM.PHOTO.ART

Jedes Begräbnis eines von der israelischen Armee getöteten Palästinensers ist gleichzeitig eine politische Demonstration gegen die Besatzung.

Bis zu 850.000 israelische Siedler:innen wohnen heute in der Westbank, in Ostjerusalem und auf dem syrischen Golan. Seit Abschluss der Osloer Verträge Anfang der 1990er Jahre hat sich ihre Anzahl mehr als verdoppelt, obwohl nach internationalem Recht die Ansiedlung der eigenen Bevölkerung in besetztem Gebiet verboten ist. Fast alle Siedlungen sind als **„Gebiete mit nationaler Priorität“** klassifiziert. Sie erhalten dementsprechend wesentlich höhere Zuschussleistungen als Ortschaften innerhalb der „grünen Linie“. Landkäufe sowie Bau- und Infrastrukturprojekte werden mit bis zu 70% subventioniert. Im Februar 2017 beschloss die israelische Knesset mit dem „Gesetz zur Regelung der Besiedlung Judäas und Samarias“ (also der Westbank), so genannte wilde Außenposten, die auch nach israelischem Gesetz illegal sind, nachträglich zu „legalisieren“. Und auch der israelische Oberste Gerichtshof hat sich mehrfach zum Komplizen bei der Entrechtung der palästinensischen Bevölkerung gemacht. Ein Beispiel ist dessen Entscheid vom Mai 2022 nach über 20jährigem Rechtsstreit, die Räumungsanordnungen gegen acht palästinensische Dörfer in Masafer Yatta im südlichen Westjordanland seien rechtmäßig, weil die Dörfer erst nach Deklaration des Gebiets als militärisches Übungsgelände (Firing Zone 918) entstanden seien. Die Nachweise der betroffenen etwa 1500 Menschen, dass ihre Familien schon seit mehreren Generationen dieses Gebiet besiedeln, wurden verworfen. Eine ähnliche Entscheidung hatte das Gericht 2018 für den Negev gefällt.

SIEDLERBEVÖLKERUNG SOLL WEITER STEIGEN

Laut Koalitionsvertrag der neuen israelischen Regierung, der rechtsten in der Geschichte Israels, hat **„das jüdische Volk [...] ein ausschließliches und unanfechtbares Recht auf alle Gebiete des Landes Israel, in Galiläa, im Negev, auf dem Golan, in Judäa und Samaria.“** Ebenfalls im Koalitionsvertrag festgelegt sind massive Investitionen und Infrastrukturmaßnahmen in Verbindung mit dem Siedlungsbau. Schon jetzt dürfen 1400 Straßenkilometer in der Westbank nur von Siedler:innen genutzt werden.

Auf eine Million Israelis soll die Siedlerbevölkerung in den C-Gebieten der Westbank, die über 60% dieses Gebiets ausmachen und in denen Israel sowohl die Zivil- als auch die Sicherheitsverwaltung innehat, nach dem Willen der aktuellen Regierung bis 2030 anwachsen. Siedlungsaußenposten sollen beschleunigt „legalisiert“ werden. Dass die Zivilverwaltung im Westjordanland und damit die Planung und der Bau im C-Gebiet, die momentan im Verteidigungsministerium angesiedelt sind, dem extrem rechten, der Siedlerbewegung angehörenden israelischen Finanzminister Bezalel Smotrich unterstellt wird, stellt die Siedlungen unter zivile statt militärische Verwaltung und kommt so einer de-facto-Annexion gleich. **„Keine internationale Organisation kann beschließen, dass das jüdische Volk sein Heimatland besetzt hält“**, so der israelische UN-Botschafter Erdan Anfang

Januar und nachdem die UN-Vollversammlung den Internationalen Gerichtshof damit beauftragt hatte, die israelische Besetzung palästinensischer Gebiete zu untersuchen. Dabei sind ernste Folgen ohnehin nicht zu erwarten. Das galt schon für das im Juli 2004 veröffentlichte Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs, in dem er feststellte, die israelische Mauer verstoße gegen internationales Recht.

Die israelische Politik aber empfindet selbst das Gedenken an die Nakba als bedrohlich – vielleicht gerade, weil die Vertreibung bis heute andauert. Seit 2011 können Institutionen, die das Land nicht als „Nationalstaat der Juden“ anerkennen oder den israelischen Unabhängigkeitstag als Trauertag begehen, die Förderung entzogen werden. Heute sprechen sich 37 Prozent der jüdischen Israelis für einen „einzigen Staat ohne gleiche Rechte“ aus, wie im Dezember 2022 der „Palestinian-Israeli-Pulse“, eine Befragung von über 2000 Palästinenser:innen und Israelis, zu Tage beförderte. Auch auf palästinensischer Seite wünschen sich demnach 30 Prozent einen in dem Fall palästinensisch dominierten Staat zwischen Jordan und Mittelmeer ohne gleiche Rechte für die jüdische Bevölkerung. Einen „einzigen Staat mit gleichen Rechten für alle“ strebte auf beiden Seiten nur noch ein Viertel an. Und die Zweistaatenlösung, für die es noch 2017 eine Mehrheit gab, bekommt so wenig Zustimmung wie noch nie seit den 1990er Jahren.

WIEBKE DIEHL

Karimeh Abbud – Eine arabisch-christliche Unternehmerin im britischen Mandatsgebiet Palästina



Noch vor zwanzig Jahren wusste niemand etwas über die Fotografin Karimeh Abbud. Issam Nassar, Professor für Geschichte an der Illinois State University und Experte für die Geschichte der Fotografie in Palästina, erwähnte sie in seinem 2005 erschienenen Buch *Laqatat Mughayirah* ohne nähere Angaben. Es war reiner Zufall, dass ich ihren Namen am 25. April 2009 hörte und mich daraufhin auf eine Entdeckungsreise mit unglaublichen Quellen begab. Der größte Teil meiner bisherigen Forschungen wurde in einer Monographie auf Arabisch veröffentlicht.

Die Geschichte der Familie Abbud ist eng mit der Geschichte der protestantischen Mission im Nahen Osten verbunden. Karimeh wurde am 13. November 1893 in Betlehem geboren, ein halbes Jahrhundert nach der Öffnung des osmanischen Palästinas für europäische Konsulate und christliche Missionen. Sie wurde in der lutherischen Weihnachtskirche getauft, der ersten protestantischen Gemeinde, die 1860 vom Jerusalemsverein gegründet wurde. Beide Elternteile waren gebildet. Sie besuchte die englische Missionsschule für Mädchen in Betlehem. Karimeh repräsentierte nun die zweite Generation von Protestanten. Die Töchter der Familie Abbud waren alle sehr gebildet und sie sprachen fließend Arabisch, Englisch und Deutsch, waren wirtschaftlich unabhängig und arbeiteten als Lehrerinnen in Missionsschulen. Karimeh war im von Ludwig Schneller geleiteten syrischen Waisenhaus in Jerusalem tätig. Sie gehörten zu den wenigen arabischen Frauen (10 %), die berufstätig waren. Karimeh und ihre Schwestern waren moderne protestantische Frauen, die sich gegen die vorherrschenden Geschlechterrollen wehrten. Die Schwestern Katarina und Karimeh gehörten beispielsweise zu den ersten Frauen in Palästina, die einen Führerschein machten, ein Auto kauften und durch ganz Palästina fuhren.

Anfang 1920 nahm Karimeh Fotografieunterricht. Weder unter den in Palästina lebenden Europäer:innen noch unter den Einheimischen gab es zu dieser Zeit Fotografinnen. Karimehs Entscheidung, einen ausschließlich von Männern dominierten Beruf zu ergreifen, passt gut zu ihrer liberalen Erziehung und ihrer protestantischen Identität. Bereits 1924 inserierte sie in einer der führenden palästinensischen Zeitungen, *al-Kar-*

mel. Diese Inserate zeugen davon, wie sie sich als einheimische (*wataniyyeh*) Fotografin in der Branche positionierte. Ihren Inseraten fügte sie hinzu, dass sie auf Frauen- und Familienporträts spezialisiert sei: Für ihre Porträts wurde sie berühmt.

Das Adjektiv *wataniyyeh*, das hier mit „einheimisch“ übersetzt wird, muss eine politische Konnotation gehabt haben. Die Balfour-Erklärung löste bereits 1918 eine Welle von Protesten in Palästina aus. Ab 1920 begannen palästinensische, christliche und muslimische Frauen, sich politisch zu organisieren, Briefe an die britische Verwaltung zu schreiben und gegen die Balfour-Erklärung und die jüdische Besiedlung Palästinas zu protestieren. Letztlich war es die nationale Sache, die die Frauenbewegung in Palästina vereinte, zur Gründung der Arabischen Frauenvereinigung und zum ersten Nationalkongress der arabischen Frauen im selben Jahr führte.

Die Fotografie wurde zu einem politischen Werkzeug im Konflikt. Die jüdisch-zionistische Bewegung setzte Fotograf:innen ein, um Palästina als einen unfruchtbaren Ort zu zeigen, als ein „**Land ohne Volk**“, das für ein „**Volk ohne Land**“ bereit war. Die Fotografie wurde nun dazu gebraucht, zu zeigen, wie die jüdischen Einwanderer:innen das verlassene Land zum Blühen brachten, wie sie Fortschritt, Zivilisation und Modernität in dieses alte Land brachten. Karimehs Bilder hingegen waren der Beweis dafür, dass das Land nicht unfruchtbar oder menschenleer war. Sie fotografierte palästinensische Familien. Diese Bilder gaben dem palästinensischen Volk ein authentisches Gesicht, das mit der zionistischen Propaganda kollidierte. Die Fotos von palästinensischen Familien in ihrem Lebenskontext widerlegten den orientalistischen Ansatz, der Palästinenser:innen, insbesondere Frauen, nach europäischen Vorstellungen oder biblischen Bildern darstellte. In diesem Sinne sind Karimehs Bilder ein wichtiger nationaler Beitrag zur Dokumentation des blühenden palästinensischen Mittelstandslebens vor der Nakba. Obwohl dies nie das Ziel war, wurden Karimehs Fotografien schließlich zu einer nationalen Aktivität.

PROF. DR. MITRI RAHEB, Betlehem



Der um 1900 erbaute Uhrturm in Jaffa (aufgenommen: 2013)

Jaffa: Zuneigung und Missverständnisse

Bereits zu Beginn seines Deutschlandaufenthalts in den 1960er Jahren spürte der in Jaffa geborene Nader, wie sehr man ihn mit der Orange in Verbindung brachte. In der Anfangszeit seines Deutschlandaufenthaltes versuchte er, trotz seiner rudimentären Deutschkenntnisse den Sachverhalt um Palästina-Israel zu erläutern. Manchmal erwies sich diese Aufgabe als schwierig. Das Verhalten ihm gegenüber war je nach politischer Orientierung recht unterschiedlich.

Dass Jaffa seit 1948 zum Staat Israel gehört, bereitete Nader hin und wieder amtliche Missverständnisse. Denn er wurde dort geboren, als es Israel noch nicht gab und Palästina der britischen Mandatsmacht unterstand. Die Einwohnermeldeämter, aber auch die Universität Heidelberg notierten als Geburtsort Jaffa mit dem Zusatz „Israel“, was für Nader inakzeptabel war. Mit Hilfe einiger Professoren gelang es ihm später, den problematischen Zusatz aus der Welt zu schaffen. In der Diskussion

um seine korrekte Herkunftsbezeichnung bediente sich Nader bisweilen Argumente, die in den Ohren mancher Außenstehender durchaus anmaßend geklungen haben müssen. So gab er zu bedenken, dass nach den bürokratischen Denkmustern berühmte Persönlichkeiten wie Kant oder Kafka als russische oder tschechische Staatsbürger hätte definieren müssen, bloß weil sie in Königsberg bzw. Prag geboren worden seien. Dieser argumentative Seiltanz half gelegentlich. Das Jaffa-Missverständnis spielte auch bei seiner Einstellung im Auswärtigen Amt eine Rolle. So trug er in seinem Arbeitsvertrag Jaffa als seinen Geburtsort ein und versah dies mit dem Zusatz „Palästina“. Dies brachte die zuständige Sachbearbeiterin auf den Plan. Dann akzeptierte sie mürrisch, dass zur Zeit seiner Geburt Palästina, nicht Israel, existierte.

Vor kurzem musste der „leidgeprüfte“ Nader seinen deutschen Reisepass verlängern lassen. Die kompetente Mitarbeiterin bat ihn um Verständnis dafür, dass seine Geburtsstadt Jaffa von nun an

als Teil der „Palästinensischen Gebiete“ deklariert werde. Diese neue Variante überraschte ihn, dennoch musste er sie resigniert hinnehmen.

Der Eintrag „Jaffa“ erwies sich auch andernorts gelegentlich als problembehaftet. So reiste Nader zu Beginn seiner Tätigkeit beim AA in amtlicher Funktion in einen Maghreb-Staat. Damals besaß er noch die jordanische Staatsangehörigkeit. Der zuständige Passbeamte wollte unbedingt wissen, ob Nader ein „echter“ Jordanier sei. Dabei gehörte Jaffa ja nie zu Jordanien. Dass er nur ein „naturalisierter“ Jordanier war, machte die Sache übrigens komplizierter.

In Deutschland hielt man Nader wegen der Jaffa-Eintragung im Presseausweis gelegentlich für einen Israeli, was bisweilen für peinliche und auch absurde Momente sorgte. So erlebte er manchmal, dass ihm jemand z.B. in Museen oder anderen Kultureinrichtungen beim Anblick auf das Dokument euphorisch seine Empathie für Israel bekundete. In solchen Fällen pflegte Nader, höflich, aber klar richtigzustellen, dass er kein Israeli sei. Oft erfolgte daraufhin eine aus der Peinlichkeit geborene Entschuldigung, die auch Nader in eine gewisse Verlegenheit brachte. In Israel dagegen löst die Erwähnung von Jaffa manchmal seltsame Reaktionen aus. So reagierte bei einer zufälligen Begegnung ein israelischer Schauspieler in Tel Aviv beim Hinweis von Nader, er sei Palästinenser aus Jaffa, mit den Worten: **„Wow! I've never met a palestinian before!“** Das kam Nader absurd und real zugleich vor, denn die meisten Israelis kennen die Palästinenser:innen oft nur als Reisende an einem Grenzübergang oder Checkpoint, die herablassend behandelt werden. Die Palästinenser:innen wiederum kennen die Israelis oft genug nur als drangsaliierende, mit den Muskeln spielende junge Soldaten und Soldatinnen. Auf die Bemerkung des sichtlich überraschten Naders hin, dass in Israel etwa 22% der Gesamtbevölkerung Palästinenser mit israelischem Pass seien, erwiderte der junge Künstler, dass diese seiner Wahrnehmung nach doch israelische „Araber“, keine „echten“ Palästinenser seien. Diese Einschätzung sorgte bei Nader für noch mehr Verwunderung. Die Palästinenser:innen mit israelischem Pass werden bekanntlich nicht als gleichberechtigte Staatsbürger:innen behandelt. Auch die Hintergründe der Vertreibung sind vielen Israelis unbekannt. Dies veranlasste einige israelische Historiker:innen der neueren Geschichte wie Ilan Pappé und Moshe Zuckermann offen von **„ethnischen Säuberungen“** zu sprechen. In den israelischen Schulbüchern gibt es überhaupt keine palästinensische Vergangenheit. Auch eine Schautafel über die 4000 Jahre währende Geschichte Jaffas lässt ahnen, dass der Staat Israel seit 4000 Jahren dauerhaft und ohne die geringsten Brüche bestehe.

AREF HAJJAJ



Der Kampf um die Narrative – und die latente Kraft der Wahrheit

Um den palästinensischen Kampf für Freiheit und Selbstbestimmung zu verstehen, ist es unerlässlich, dass man sich mit den Narrativen des palästinensischen Volkes befasst. Die weltweite finanzielle und politische Unterstützung Israels beruht schließlich auf einer gelungenen Vermittlung des zionistischen Narrativs. Dabei basiert das israelische Narrativ auf drei großen Täuschungen.

„VERHEISSENES LAND“

Der zionistische Mythos des „verheißenen Landes“ geht davon aus, dass Gott dem ausgewählten jüdischen Volk das Land Palästina gegeben habe. In diesem Land würden sich die Juden aller Welt versammeln und auf den Messias warten. Dieser Mythos verstärkt die absurde Vorstellung, dass Palästina „ein Land ohne Volk“ gewesen sei: in Wirklichkeit eine Verleugnung der Existenz des palästinensischen Volkes, dessen Wurzeln seit mehr als viertausend Jahren im Land Palästina liegen. Dieser Mythos war für nach Palästina eingewanderte Juden und Zionisten kein Tabu, einheimische Palästinenser zu vertreiben, ihre verlassenen Häuser zu bewohnen und über 500 palästinensische Ortschaften zu zerstören.

„ARABISCHE ARMEEN“

Der zweite Mythos befasst sich mit dem Sieg der „kleinen zionistischen Minderheit“ über fünf arabische „Aggressor-Armeen“ im Krieg von 1948. Recherchen belegen, dass der wahre Grund für den Ausbruch dieses Krieges nicht die arabischen Armeen war. Vielmehr waren es die von zionistischen Banden begangenen Massaker in vielen palästinensischen Ortschaften. Die Gesamtzahl der Kämpfer zu Beginn des Krieges in den arabischen Armeen, einschließlich der palästinensischen Mudschaheddin belief sich auf 11.000 gegen 60.000 stark bewaffnete zionistische Kämpfer. Am Ende des Krieges standen 22.000 arabische Soldaten 120.000 besser bewaffneten und organisierten israelischen Soldaten gegenüber.

„VERTEIDIGUNG GEGEN ARABISCHEN ANGRIFF 1967“

Der dritte Mythos besagt, dass Israel im Jahr 1967 die Angriffe von drei arabischen Armeen abwehren musste. Es hört sich gut an, wenn David den Mächtigen Goliath besiegt. Fakt ist, dass es eher die israelische Armee war, die gegen Jordanien, das Westjordanland, Ägypten und Syrien den Krieg eröffnete. Eine quasi Neuauflage der

dreiseitigen Aggression, an der Israel mit Frankreich und Großbritannien gegen Nassers Ägypten wegen seiner Verstaatlichung des Suezkanals im Jahr 1956 teilnahm. Dieser Mythos war ein Mittel, das effektiv eingesetzt wurde, um ein mächtiges Israel in der westlichen Welt zu präsentieren. Damit konnte Israel weitere Unterstützung für seine kolonialen Interessen in der Region, vor allem von den USA, erhalten.

Israel hat diese Mythen erfolgreich und öffentlichkeitswirksam als Rechtfertigung für seine Verbrechen und für die Existenz der Besatzung eingesetzt und die Nakba verleugnet. Es ist irreführend, wenn sich Israel als angebliches Opfer darstellt. Israel, das Land mit der schlagkräftigsten Armee der Welt und einem Monopol auf Atom- und Wasser-

stoffwaffen in der Region wird angeblich von den Palästinenser:innen bedroht.

Das irreführende zionistische Narrativ wird instrumentalisiert, Behauptungen und Lügen zu verstärken, Fakten und Realitäten zu verschleiern und jegliche Israel-Kritik anzugreifen. Im Laufe der Jahre hat sich dieses Narrativ zu einer heftigen Waffe verwandelt, da es den legitimen Widerstand als Terrorismus begreift. Aus diesen Gründen wird die Wahrheit in den internationalen Medien der westlichen Länder nicht verbreitet.

Die israelische Regierung und ihre Geheimdienste finanzieren viele Unterstützer wie „NGO Monitor“, „UN-Watch“ und „UK-Lawyers for Israel“, die darauf spezialisiert sind, palästinensische und



Tel Rumeida ist inmitten von Al Khalil (Hebron) der Sitz von „Youth against Settlement“, einer palästinensischen NGO, die von Issa Amro gegründet wurde. Regelmäßig ist der Ort Angriffen durch jüdische Siedler:innen aber auch durch das israelische Militär ausgesetzt.

internationale zivilgesellschaftliche Institutionen, Organisationen der Vereinten Nationen und Menschenrechtsinstitutionen anzugreifen. Im Sinne dieses Narratives ist jeder Palästinenser, der sich der Besatzung widersetzt, selbst ein Terrorist, ein gewalttätiger Anstifter. Jeder, der die Rechte des palästinensischen Volkes unterstützt, wird als antisemitisch bezeichnet. Selbst Juden, die die israelische Politik und Besatzung ablehnen, werden als „Selbsthasser“ eingestuft.

Eine Reihe von Begriffen, die den internationalen Medien, insbesondere den großen Nachrichtenagenturen, auferlegt und sogar einige arabische Medien infiltriert haben, stellen ein zusätzliches Mittel dar, um Fakten zu verbergen und israelische Konzepte und Narrative zu fördern. Dazu gehört

unter anderem die Gleichsetzung der israelischen Angriffe und der gezielten Tötung von Palästinensern durch israelische Streitkräfte mit dem palästinensischen Widerstand. Darüber hinaus spricht man mittlerweile von einem **„Konflikt“** und nicht von einem Kampf zwischen Besatzern und Besetzten. Damit soll von der israelischen Besatzung, Unterdrückung und Apartheid abgelenkt werden. Die Behauptung, das Westjordanland und der Gazastreifen seien keine besetzten Gebiete, sondern *„umstrittene Gebiete“* und mittlerweile sogar *„befreite Gebiete“*, ist der Gipfel an bewusster Verfälschung und Irreführung. Auch die jüngste Erklärung von US-Außenminister Blinken, dass Israel als jüdischer und demokratischer Staat erhalten werden sollte, gehört dazu, weil beide Merkmale nicht miteinander vereinbar sind.

Es ist kein Geheimnis, dass das israelische Apartheid-Regime Repressionen und Unterdrückung gegen das palästinensische Volk in den besetzten Gebieten und gegen Palästinenser, die die israelische Staatsbürgerschaft in den Gebieten von 1948 besitzen, anwendet. Es ist nicht akzeptabel, dass die israelische Terminologie und das israelische Narrativ in die arabischen Medien und sogar in die Köpfe von Verantwortlichen eingedrungen sind, die den so genannten *„Normalisierungsprozess“* mit Israel befürworten. Damit legitimieren sie die längste Besatzung in der modernen Geschichte und das israelische Apartheid-System.

Auf der anderen Seite sah sich das israelische Narrativ mit vielen Krisen konfrontiert, wie zum Beispiel durch die Bilder des brutalen Massakers in den Lagern *Sabra* und *Shatila* im Jahr 1982. Zu dieser Zeit drang in das Bewusstsein der Welt, dass die israelische Besatzungsarmee und ihr System beschämenderweise eine brutale Unterdrückung gegen ein Volk, das für seine Freiheit kämpft, durchführt. Dies wiederholte sich mit Bildern brutaler Massaker in den andauernden Kriegen im Gazastreifen, der Apartheidmauer und in der Grausamkeit kolonialer expansionistischer Siedlungen. Der Aufstieg des Faschismus bei der Bildung der neuen israelischen ultrarechten Regierung, stellt eine weitere große Herausforderung für das israelische Narrativ dar.

Die israelischen Erfolge waren immer mit der Stärke zionistischer Institutionen und Lobbyisten, ihrer Beharrlichkeit und der Stärke ihrer Organisation verbunden. Es besteht kein Zweifel, dass die Widerlegung der israelischen Narrative nur mit der Erfüllung von zwei Bedingungen verbunden sein wird: Erstens, mit einem effektiven Widerstand des palästinensischen Volkes vor Ort, um die Welt zu zwingen, ihre Augen zu öffnen und die Realität zu akzeptieren. Zweitens, sollte es ein organisiertes und starkes palästinensisches Medien- und Propagandasystem geben, um der Welt die Wahrheit zu vermitteln.

„In unserer Zeit passiert nichts, was nicht beschrieben wird“, sagt die Autorin Virginia Woolf. Und die Palästinenser:innen haben eine mächtige Waffe, die die israelische Seite nicht hat, nämlich die Wahrheit, die leider eine latente Kraft bliebe, wenn sich der palästinensische Widerstand nicht mit den Medien organisieren würde.

DR. MUSTAFA BARGOUTH, Ramallah/Palästina
(verkürzt aus dem Arabischen übersetzt)



Die Villa Harun al-Rashid der Familie Bisharat



palästinensische Volk gibt es nicht, Sie reden, als ob wir gekommen wären und sie aus ihrem Land vertrieben hätten, sie existierten nicht.“ Golda Meir, damals Außenministerin, wohnte im zweiten Stock des Hauses der Familie Bisharat.

Jetzt, 45 Jahre nach dem ersten Besuch, kommt Andrew Bisharat aus der vierten Generation der Bisharat nach Palästina mit derselben Entschlossenheit wie seine Vorgänger und mit demselben Foto, weil „die Kleinen nicht vergessen“. Wir gingen durch das Viertel Talbieh. Andrew stand vor dem Tor und schwieg. Er ging durch den Garten, stieg die Außentreppe hinauf, griff an die Wände, schaute in die Fenster und machte Fotos mit seinem Handy.

Während wir am Eingang des Hauses standen, öffnete sich plötzlich die Tür und zwei Personen kamen heraus, einer von ihnen in Arbeitskleidung. Der andere fragte, wer bist du und kann ich dir bei etwas helfen? Andrew kam nach vorne, stellte sich vor und erzählte ihm, dass seine Familie in diesem Gebäude gelebt hatte.

Der andere war ein Ingenieur, dessen Firma das Innere des Hauses renoviert. Er sagte, falls Andrew hineingehen möchte, könne er die Eigentümer des Hauses anrufen und um Erlaubnis bitten. Andrew weigerte sich, pflückte zwei Zitronen aus dem Garten, um eine seinem Vater zu bringen, und eine für sich zu behalten. Der Israeli hielt uns an und fragte Andrew verwundert: „Lebten Sie hier in Goldas Haus?“

NAZIH MUSHARBASH

Ende der 1920er Jahre hatte Shukri Al Jamal den Hausbau im Stadtteil Talbiya in Westjerusalem beendet. Er versammelte seine Familie vor dem stattlichen Haus, um ein Foto davor zu machen. Nur 20 Jahre danach wurde die Familie aus ihrem Haus vertrieben, ohne Entschuldigung oder irgendeine Entschädigung. Seither bewohnen jüdische Siedler das Haus.

Im Jahr 1977 kam Professor George Bisharat durch seine amerikanische Staatsbürgerschaft nach Palästina. Er hatte ein Bild des Hauses seines Großvaters Shukri dabei und suchte im Stadtteil Talbiya nach der Harun At Rashid-Villa.

Erbaut 1926, als eines der schönsten Gebäude westlich von Jerusalem für die Familie Bisharat, die aus dem Dorf Rafidia in Nablus stammt, entschied sich Hanna Bisharat, der Villa wegen ihres luxuriösen und unverwechselbaren architektonischen Stils den Namen des abbasidischen Kalifen Harun al-Rashid zu geben.

George Bisharat fand schließlich das dreistöckige Haus mit seiner blauen Keramik, die die Fassade schmückte, mit seinen Ecken, dem Garten mit Zitronenbäumen. Er erinnerte die Stimme seines Vaters und seiner Onkel, die in diesem Garten gespielt hatten und Familienfotos machten. Er klopfte an und eine ältere israelische Frau öffnete ihm die Tür. Er stellte sich ihr vor und erzählte ihr, dass seine Familie dieses Haus besaß, bevor die Hagana es 1948 beschlagnahmte, nachdem sie ihre Schlüssel von den Briten erhalten hatte, die das Gebäude von seiner Familie gemietet hatten. Sie

sagte ihm „Ihre Familie hat hier nie gelebt“, er lachte heimlich und stritt nicht mit ihr, während er sein Familienbild in der Hand hielt. Nach diesem Gespräch kam ihr Ehemann, Zvi Brunzon, der als Richter am israelischen Obersten Gerichtshof gedient hatte und ihm erlaubte, den Salon zu betreten.

Golda Meir, die ehemalige israelische Premierministerin, erklärte in einem Interview mit dem Journalisten Frank Giles am 15. Juni 1969 auf den Seiten der Sunday Times: „So etwas wie das



FILM // BERLINALE 2021

„Ernsthaft in die Tat umsetzen wird hoffentlich keiner, was Avi Mograbi uns da aus dem Wohnzimmeressel anbietet: eine Kurzanleitung zur militärischen Besatzung. Seine strategischen Betrachtungen haben den unschuldigen Anstrich allgemeiner Überlegungen, wie man ein fremdes Territorium gegen alle Widerstände erfolgreich besetzt. Als Musterbeispiel dient ihm die israelische Besatzung der palästinensischen Gebiete in der Westbank und im Gaza-Streifen.“ So stellt die Berlinale den 2021 gezeigten Film vor. Es ist eine schonungslose Anklage gegen Israel und das, wozu Menschen fähig sind. Mograbi folgt der Zeitlinie von Israels Unterwerfung der Palästinenser:innen, die mit Aussagen von Ex-Soldat:innen über ihre verbrecherischen Taten oder Taten, deren Zeug:innen sie waren, und Befehle, die sie erhielten sowie Filmausschnitte, die genau diese Taten dokumentieren, geschnitten ist. Der Film sollte sobald als möglich gesehen werden.

Die ersten 54 Jahre – Eine Kurzanleitung für die militärische Besatzung

Regie: Avi Mograbi
Frankreich / Finnland / Israel / Deutschland 2021
Hebräisch
110 Min. Farbe & Schwarz-Weiß

FILM // DER GROSSE BÜCHERRAUB

DER GROSSE BÜCHERRAUB erzählt chronologisch von der systematischen Plünderung von über 70.000 palästinensischen Büchern durch den neu gegründeten Staat Israel im Jahr 1948. Der Dokumentarfilm geht in verschiedenen Handlungssträngen einer Struktur nach, die sowohl dramatisch fesselnd, als auch emotional verstörend ist. Im Mittelpunkt stehen Interviews und Zeitzeugenberichte, die die Bücherdiebstahl-Affäre in einen größeren historisch-kulturellen Kontext stellen. Dabei wird die palästinensische Tragödie von 1948 neu beleuchtet und das moralisch-heroische israelische Narrativ des Krieges von 1948 widerlegt.

DER GROSSE BÜCHERRAUB, 57 Minuten, Produktion: A 2911 Foundation und Al Jazeera English, Regisseur: Benny Brunner, Belgien, Aufgeführt: Israel, USA, UK

Mit öffentlichem Vorführrecht bei Kooperation mit der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V. Der Film eignet sich sehr gut für die Aufarbeitung der Ereignisse der NAKBA von 1948. Im Gedenkjahr 2023 „75 Jahre NAKBA“ kann der Film bundesweit aufgeführt werden. Bei Interesse bitte eine E-Mail an praesidium@dpg-netz.de schreiben.

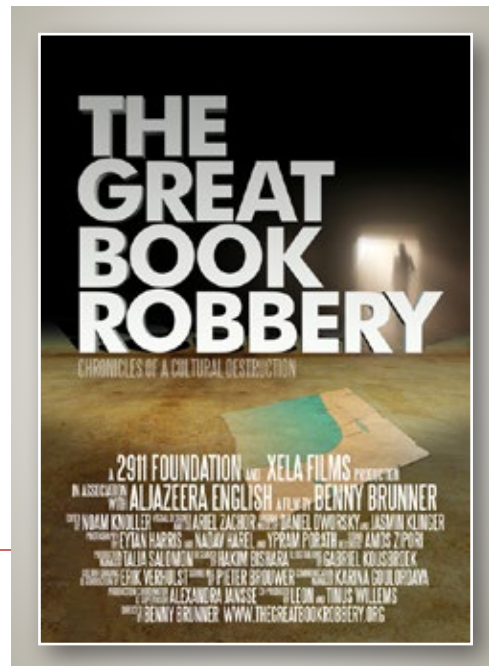
STIMMEN AUS DEM FILM

Ilan Pappé

„70.000 bis 75.000 der vertriebenen Palästinenser:innen waren ziemlich reich, wenn man bedenkt, was sie an Geld und Vermögen hatten. Nichts ist davon übrig, nichts ... Die Israelis nahmen wirklich jeden mit, sie haben vielleicht nicht jeden ausgewiesen, aber sie haben auf jeden Fall dafür gesorgt, dass sie den Palästinenser:innen jeden Cent abnahmen, den sie besaßen, jedes Möbelstück.“

„Ich denke, wir brauchen etwas, das die israelische Regierung nie erlauben würde, und ich weiß das aus eigener Erfahrung, weil ich es dem Bürgermeister von Haifa vorgeschlagen habe, der mich aus seinem Büro werfen ließ. Es muss in Israel ein Museum über die Nakba geben. Und ich glaube, in solch einem Museum sollten wir die Bücher, die Vermögensgegenstände aufbewahren. Und ich denke, erst dann können die Bücher auch zu anderen Zwecken genutzt werden.“

„Es geht um die Identitätsauslöschung und die Verdrängung der Ereignisse von 1948.“



Das gehobene Talbiyeh-Viertel in Jerusalem, ca. 1930

All diese Häuser im jetzigen Westjerusalem sind seit 1948 von eingewanderten Jüdinnen und Juden bewohnt. In diesem Viertel lebte einst die Familie der britischen Autorin Ghada Karmih. Die Familie musste, als sie acht war, das Haus verlassen. Die Bibliothek des Vaters ist geplündert, alle Möbel wurden eingewanderten Jüdinnen und Juden überlassen. Bei einem späteren Besuch durfte Ghada Karmih ihr Elternhaus nicht betreten.

BÜCHERLISTE ZUR NAKBA

- A** SUSAN ABULHAWA
Während die Welt schlief
Diana Verlag, 2010
- TAMAR AMAR-DAHL
Das zionistische Israel
Ferdinand Schöningh, 2012
- SUAD AMIRY
Sharon und meine Schwiegermutter
Fischer, 2004
- GILBERT ACHCAR
Die Araber und der Holocaust
Nautilus, 2012
- MURIEL ASSEBURG
Palästina und die Palästinenser: Eine Geschichte von der Nakba bis zur Gegenwart
C.H. Beck, 2011
- Der Nahostkonflikt**
Beck Paperback, 2022
- B** HELGA BAUMGARTEN
Kein Frieden für Palästina – Krieg in Gaza, Besatzung und Widerstand
ProMedia, 2021
- ULRIKE BECHMANN, MITRI Raheb (Hrsg.)
Verwurzelt im Heiligen Land
Knecht, 1995
- REINER BERNSTEIN
„Wie alle Völker ...?“ Israel und Palästina als Problem der internationalen Diplomatie
Publisher Wbg, 2020
- OMRI BOEHM
Israel – eine Utopie
Propyläen 2020
- SARAH EL BULBEISI
Tabu, Trauma und Identität
Histoire Band 174, 2021
- AVRAHAM BURG
Hitler besiegen, Warum Israel sich endlich vom Holocaust lösen muss
Camous, 2009
- MARK BRAVERMANN
Die Mauern überwinden
WDL-Verlag, 2017
- C** NOAM CHOMSKY UND MICHAEL HAUPT
Kein Frieden in Nahost: Warum mit Israel und den USA kein Palästinenserstaat zu machen ist
Nomen, 2018
- JOSEPH CROITORU
Hamas – Der islamische Kampf um Palästina
C.H. Beck, 2010
- Al-Aqsa oder Tempelberg – Der ewige Kampf um Jerusalems heilige Stätten**
C.H. Beck, 2021
- D** MAHMOUD DARWISH
Der Würfelspieler
A1-Verlag, 2009
- F** SUMAYA FARHAT-NASER
Thymian und Steine
Lenos, 2004
- Disteln im Weinberg**
Lenos, 2012
- Verwurzelt im Land der Olivenbäume**
Lenos, 2005
- ALEXANDER FLORES
Der Palästinakonflikt – Wissen was stimmt
Verlag Herder, 2009
- ABDALLAH FRANGI
Der Gesandte
Heyne, 2011
- G** ANNETTE GROTH, NORMAN PAECH – RICHARD FALK (Hg.)
Palästina – Vertreibung, Krieg und Besatzung
PapyRossa, 2017
- H** JEFF HALPER
Ein Israeli in Palästina – Israel vom Kolonialismus erlösen
AphorismA, 2010
- AREF HAJJAJ
Heimatlos mit drei Heimaten
Kiener, 2021
- AMIRA HASS
Morgen wird alles schlimmer – Berichte aus Palästina und Israel
H.C. Beck, 2006
- KATJA HERMANN
Palästina in Israel – Selbstorganisation und politische Partizipation der palästinensischen Minderheit in Israel
ZMO-Studien Band 25, 2019
- SHIR HEVER
Die politische Ökonomie der israelischen Besatzung
2014
- K** GHASSAN KANAFANI
Bis wir zurückkehren
Lenos, 1984
- Das Land der traurigen Orangen: Palästinensische Erzählungen**
Lenos, 2015
- L** IBRAHIM K. LADÀA
Geschichte eines palästinensischen Vertriebenen
Verlag auf dem Ruffel, 2018

GIDEON LEVY

Schrei geliebtes Land
Semit, 2004**M**

BETTINA MARX

Gaza
Zweitausendeins, 2009

MOSHE MACHOVER

Israelis und Palästinenser – Konflikt und Lösung
Laika Verlag, 2013

COLUM MCCANN

Apeirogon
Rowohlt-Verlag, 2020**N**

SARI NUSSEIBEH

Ein Staat für Palästina?
Kunstmarkt, 2012**Es war einmal ein Land – Ein Leben in Palästina**
Suhrkamp, 2009**P**

ILAN PAPPE

Die ethnische Säuberung Palästinas
Westend, 2019

AVI PRIMOR

Weit war der Himmel über Palästina
Lübbe, 2020**O**

ALI H. QLEIBO

Wenn die Berge verschwinden
Palmyra, 1993**R**

YAKOV M. RABKIN

Im Namen der Thora – Die jüdische Opposition gegen den Zionismus
2 Westend Verlag GmbH, 020

MITRI RAHEB

Bethlehem hinter Mauern: Geschichten der Hoffnung aus einer belagerten Stadt
Gütersloher Verlagshaus, 2005

VIOLA RAHEB, RAFIQ KHOURY

Nächstes Jahr in Bethlehem: Notizen aus der Diaspora
AphrismA Verlag, 2021

ELLEN ROHLFS

Nie wieder – was geschah eigentlich hinter der Mauer in Palästina?
Eigenverlag, 2007**S**

RAID SABBAAH

Der Wind trägt meinen Schmerz davon
Droemer Verlag, 2005

EDWARD W. SAID

Am falschen Ort
Berliner Taschenbuch Verlag, 2000**Das Ende des Friedensprozesses – Oslo und danach**
Berlin Verlag, 2002

ATEM ABU SAIF

Frühstück mit der Drohne – Tagebuch aus Gaza
Unionsvertrag, 2014

SHLOMO SAND

Die Erfindung des Landes Israel – Mythos und Wahrheit
Propyläen, 2014

NADINE SAYEGH

Orangen aus Jaffa: Eine wahre Geschichte über das Ende der goldenen Ära Palästinas
Edition A, 2021

MARLÈNE SCHNIEPER

Nakba Die offene Wunde
Rotpunktverlag, 2012

TOM SEGEV

Es war einmal ein Palästina
Pantheon, 2006

RAJA SHEHADEH

Streifzüge durch Palästina
ProMedia, 2008

ADANIA SHIBLI

Eine Nebensache
Kindle Edition, 2022

ARN STROHMEYER

Falsche Loyalitäten: Israel, der Holocaust und die deutsche Erinnerungspolitik
ProMedia, 2022

AKTHAM SULIMAN

Krieg und Chaos in Nahost: Eine arabische Sicht
Nomen, 2018**V**

DIETER VIEWEGER

Streit um das Heilige Land: Was jeder vom israelisch-palästinensischen Konflikt wissen sollte
Gütersloher Verlagshaus, 2010

ROLF VERLEGER

Israels Irrweg
PapyRossa Verlag, 2010**W**VIKTORIA WALTZ,
JOACHIM ZSCHIESCHE**Die Erde habt Ihr uns genommen**
Das Arabische Buch, 1986

MICHAEL WARSCHAWSKI

An der Grenze
Nautilus, 2004

BERNARD WASSERSTEIN

Israel und Palästina – Warum kämpfen sie und wie können sie aufhören?
Beck'sche Reihe Band 1561, 2003

LUDWIG WATZAL

Frieden ohne Gerechtigkeit
Böhlau, 1994

CHARLOTTE WIEDEMANN

Den Schmerz der Anderen begreifen
Propyläen, 2022

PETRA WILD

Apartheid und ethnische Säuberung in Palästina
ProMedia, 2013**Die Krise des Zionismus und die Ein-Staat-Lösung**
ProMedia, 2015ASA WINSTANLEY,
FRANK BARAT (Hrsg.)**Russell Tribunal zu Palästina**
Laika Verlag, 2010

EYAL WEIZMAN

Sperrzonen, Israels Architektur der Besatzung
Nautilus, 2008KARIN WENGER,
KAI WIEDENHÖFER**Checkpoint Huwara**
Verlag Neue Zürcher Zeitung, 2008**Z**

JOHANNES ZANG

Erlebnisse im Heiligen Land
Promedia Verlagsgesellschaft, 2021

MOSHE ZUCKERMANN

„Antisemit“
ProMedia, 2010**Die Angst vor dem Frieden**
Aufbau, 2010**Sechzig Jahre Israel, Die Genesis einer politischen Krise des Zionismus**
Pahl-Rugenstein, 2009Zusammenstellung:
**NAZH MUSHARBASH,
HERMANN DIERKES,
URSULA MINDERMAN**

Die Darstellung der israelischen Besatzungspolitik in deutschen Medien

Seit langem ärgern sich an der palästinensischen Geschichte, Kultur und Politik Interessierte darüber, dass in deutschen Medien kaum über die jahrzehntelange völkerrechtswidrige Besatzungspolitik Israels berichtet wird. Seltene Ausnahmen bilden ein ganzseitiger Artikel von Eva Menasse in der ZEIT oder Stefan Detjen im Deutschlandradio, die statt Propaganda oder Fiktion nach sorgfältiger Recherche informieren. Warum gibt es nicht mehr solcher solider gegen den Mainstream zu lesende Texte? Kurioses Novum: in der FAZ gab es Anfang 2023 einen stark überzeichneten Beitrag, der selbst der Chefredaktion zu unseriös erschien, sodass daraufhin eine Richtigstellung erschien. Diese wurde umgehend von einem polemisierenden Autor in der WELT angegriffen.

Die Gründe einer solchen Berichterstattung sind mehrschichtig. Die Merkel-Rede von 2008 im israelischen Parlament, in der sie die Sicherheit Israels als deutsche „Staatsraison“ bezeichnete, und die Entscheidung des Bundestages vom 17. Mai 2019 zu Boykott, Investitionsstopp und Sanktionen sind Gründe dafür, dass sich die Berichterstattung über Israel noch unkritischer verhält – eine quasi „journalistische Staatsraison“ – und die Grundregeln der Informations- und Quellenprüfung oft eher fahrlässig außer Acht gelassen werden, wie es der Professor für Medienwissenschaft an der Universität Tübingen, Bernhard Pörksen, mit dem Begriff „Desinformationsspektakel“ jüngst bezeichnete. Palästina ist kein bevorzugter Arbeitsplatz für Journalist:innen. Bevorzugt berichten Journalist:innen aus Tel Aviv, wo sie in einer eigenen Community leben, was auch ihre Einstellung zu Palästina prägt. In seinem 1976 in Deutschland erschienen, bis heute als Standardbuch der politischen Kommunikationsforschung geltenden Buch „Politik als Ritual“, hat der US-amerikanische Politikwissenschaftler Murray Edelman die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns beschrieben und darauf aufmerksam gemacht, dass es darauf ankäme, „Begriffe zu besetzen“ und mit ihnen den politischen öffentlichen Diskurs zu dominieren. Das bedeutet, dass die Institution, der es gelingt, gesellschaftlich akzeptierte oder zu verhin- dernde strittige Begriffe zu bestimmen, auch die öffentliche bzw. „veröffentlichte Meinung“ beeinflussen kann. So ist auch zu erklären, dass im Umkehrschluss strittige Begriffe und Kürzel, die eine assoziative Verbindung zu entsprechenden Kontexten gesellschaftlicher Realitäten herstellen, im veröffentlichten Diskurs ausgegrenzt werden und

im Extremfall zu möglicher Diskriminierung derer führen, die dies ignorieren.

Die Propaganda-Strategie der israelischen Hasbara und ihrer deutschen Unterstützer:innen hat es geschafft, dass zentrale Begriffe, die die völkerrechtswidrige Besatzung bei israelkritischen Meinungsäußerungen benennen, wie insbesondere „Apartheid, ethnische Säuberung und NAKBA“ in deutschen Medien quasi Ausschlusskriterien einer Berichterstattung sind. Falsche Narrative und Fake News gehören zum Geschäft dieser israelischen Medienstrategie. Das Verleugnen der völkerrechtswidrigen Realität hat ideologische Gründe. Diese Strategie schafft es immer wieder, sich der Diskussion mit dem politischen Gegner:innen zu entziehen, indem man diese schlecht macht. So sollen die haltlosen Terror-Vorwürfe gegen sechs palästinensische Menschenrechtsorganisationen von den tagtäglichen Verbrechen des Siedlungsbaus, der Erschießung von Personen bei Protesten, den willkürlichen Verhaftungen, Hauszerstörungen, Landraub und anderen völkerrechtswidrigen Handlungen ablenken. Hinzu kommt, dass die israelischen „Watch groups“ weltweit recherchieren. Die israelische Regierung verfügt über ein Software-Programm, das weltweit in kürzester Zeit alle Medien und Organisationen registriert und beobachtet, ob „verdächtige“ Artikel und Texte „israelfeindliche“ Inhalte aufweisen. Die israelische Botschaft in

Berlin hat darüber hinaus eine der größten Presseabteilungen aller Vertretungen, spezialisiert auf Recherche und „Richtigstellungen“. Die palästinensische Botschaft hat nichts dergleichen.

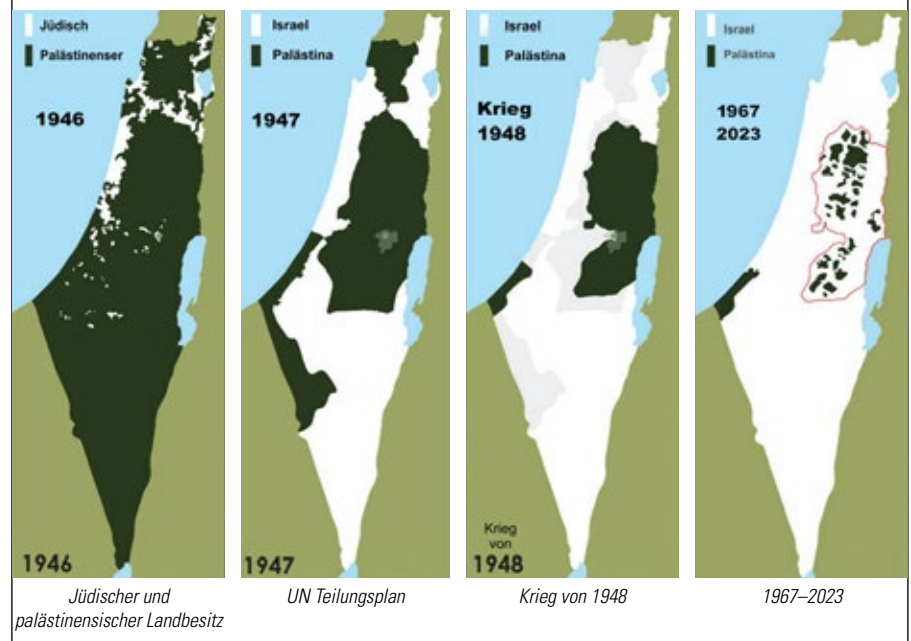
Wird überhaupt berichtet, behelfen sich Journalist:innen mit moderaten und zweideutigen Umdeutungen. Es wird von „Konflikten“ oder „Sicherheitsmaßnahmen“ geschrieben, wo es um Apartheid, Hauszerstörung, Todesschüsse und Vertreibung geht.

Neben der „Schere im Kopf“ gibt es weitere Gründe für eine entkontextualisierte Berichterstattung. Neben der Faktenresistenz zuständiger Redakteur:innen wird betont, dass die thematische Reizschwelle inzwischen sehr hoch ist, weil dieser „Konflikt“ ja „schon Jahrzehnte lang dauere“.

Grundsätzlich empfehlen Journalist:innen, dass man möglichst persönliche Bezüge zu Palästinenser:innen vor Ort, zu interessanten kulturellen und sozialen Ereignissen herstellt und darüber politische Komponenten durchaus mit eigener Empathie verbindet. Das Aufzählen von Statistiken und historischen Fakten trifft eher auf journalistisches Desinteresse. Auch Metadebatten in Deutschland, die mit der täglichen Realität in Palästina nichts oder wenig zu tun haben, finden kaum Eingang in die Redaktionsplanungen.

DETLEF GRIESCHE, DPG-Vizepräsident

DIE FORTSCHREITENDE ANNEXION PALÄSTINAS



Da war kein Abschied

VON TAHA MUHAMMAD ALI

Wir haben nicht geweint
 Als wir fortgingen –
 Weil wir weder
 Zeit noch Tränen hatten,
 Und da war kein Abschied.
 Im Moment als wir weggingen
 Wussten wir nicht,
 Dass es ein Weggehen war,
 Woher hätte unser Weinen
 Kommen sollen?
 Wir blieben nicht wach
 Die ganze Nacht
 (Und sind nicht eingnickt)
 In der Nacht unseres Weggehens.
 In dieser Nacht hatten wir
 Weder die Nacht noch Licht,
 Und kein Mond ging auf.
 In dieser Nacht verloren wir unseren Stern.
 Unsere Lampe führte uns in die Irre.
 Wir erreichten nicht unseren Anteil
 Von Schlaflosigkeit –
 Von woher hätte Wachsamkeit kommen sollen?

TAHA MUHAMMAD ALI

1931: geboren in Saffuriyya, Galiläa

1948: Flucht mit der Familie in den Libanon

1949: Rückkehr nach Galiläa

2. Oktober 2011: verstorben in Nazareth





MASSAKER IN LYDDA (1981) // © ABED ABDI

Abed Abdi, 1942 in Haifa geboren, hat u.a. in Dresden Bildende Kunst studiert. 1972 ging er nach Haifa zurück und arbeitete als Bildhauer, Maler, Karikaturist, Kunstkritiker und Grafiker für diverse arabische Publikationen. Abed Abdi hat zahlreiche Denkmäler und Wandbilder geschaffen. Abdi gründete die „Ibdaa Gesellschaft“ zur Förderung der Bildenden Künste im arabisch-israelischen Sektor und die „Arabelle-Werkstatt“ in Haifa zur Förderung der Bildenden Künste und des interkulturellen Dialogs durch die Kunst.

<https://abedabdi.com/de/>